

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

**Erscheint**  
wöchentlich jeden  
Sonnabend.  
Jährlich  
52 Nummern.

**Abonnements**  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin N. 37, Metzger StraÙe No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:  
Jeden Dienstag Morgen.

## Einiges über die Lage der in den Stadtgärtnereien beschäftigten Personen.

Zur Zeit daran, das zur Verfügung stehende reichhaltige Material über diese Frage zu bearbeiten, drängt es mich, schon jetzt einige Ergebnisse mitzuteilen, damit die Kollegen allerorts Gelegenheit erhalten, sich zu äußern. Der Organisation der in städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen haben wir leider seither nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Erst jetzt soll es anders werden! Aber das sei gleich vorweg gesagt, wenn wir uns nunmehr dieser Frage zuwenden, dürfen wir uns nicht damit begnügen, platonische Liebeserklärungen abzugeben, sondern es muß dann überall in eine intensive Agitation unter dem Personal der Stadtgärtnereien eingetreten werden.

Allein in 30 Städten, über die uns amtliches Material zur Verfügung steht, sind rund 4000 Gärtner und Gartenarbeiter beschäftigt, und wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir die Zahl der in kommunalen Betrieben tätigen Kollegen auf 20 000 annehmen. Und diese Masse haben wir in den meisten Orten nicht so für unsre Sache zu gewinnen versucht, wie es notwendig gewesen wäre. Diesen Fehler sollten wir uns befeißigen, recht bald wieder gut zu machen. Die Broschüre, die zur Zeit in Bearbeitung ist, liefert uns soviel Material, daß so ziemlich jeder Kollege in die Lage versetzt wird, agitatorisch auf diesem unbebauten Felde tätig zu sein.

Wenn wir uns aber nunmehr energisch an die Organisierung heranmachen wollen, ist es nötig, daß wir zuerst erkennen lernen, daß der Gärtnerberuf als Ganzes zu betrachten ist, daß alle Branchen, ob Privat-, Stadt- oder Gewerbegärtnerei, ein- und dieselben Interessen zu vertreten haben. Eine Besserung unsrer Verhältnisse kann nur dann herbeigeführt werden, wenn die Kollegen des Gesamtberufes einig in einer geschlossenen Organisation zusammenstehen! Eine einzelne Branche dauernd über das allgemeine Niveau zu erheben, ist undenkbar, weil sonst die Konkurrenz der andern eine zu große ist, und die Unternehmer sich immer auf die schlechteren Verhältnisse in den übrigen Branchen berufen.

Auch heute gleichen die Arbeitsverhältnisse der Stadtgärtnereien denen der gewerblichen Betriebe wie ein Ei dem andern! Die Gärtner werden fast ausnahmslos zu demselben Lohnsatz beschäftigt, der für ungelern-

Arbeiter der einzelnen Ressorts angesetzt ist. Warum!? Weil die Kommune als Arbeitgeberin in ihrer heutigen Zusammensetzung sich stets nach den Löhnen in der Privatindustrie — das sind in diesem Falle die gewerblichen Gärtnereibetriebe — richtet. Dafür sorgt allein schon das Unternehmertum, das bekanntlich auf den Rathäusern den bestimmenden Einfluß ausübt. Die Stadt darf nicht mehr zahlen, weil dadurch auch ihre „Leute“ anspruchsvoller werden.

Folgende Beispiele aus städtischen Arbeitsordnungen mögen das Gesagte bestätigen.

So heißt es in der Lohnordnung der Stadt Heilbronn a. N. Eingeteilt sind (niedrigste Lohnklasse):

In Klasse I: sämtliche Tagelöhner, Hof- und Kohlenarbeiter sowie Monteurgehilfen beim Gas- und Wasserwerk, Gärtnergehilfen der Güterinspektion.

Noch besser kommt dieses Verhältnis in Wiesbaden zum Ausdruck. Hier finden wir die Gärtner in mehr origineller als guter Rangordnung in Lohnklasse I, (die Lohnklasse I ist für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Invalide bestimmt). Das Ding sieht so aus:

### b) Straßenbauamt:

1. Kehrortsortierer, 2. Rostreiniger, 3. Straßenreiniger bei Nacht, 4. Straßenreiniger bei Tage (dazu gehören auch: Nachkehrer, Einzelkehrer, soweit sie nicht unter Gruppe I 2 fallen), 5. Gießwagenbegleiter, 6. gewöhnliche Arbeiter des Straßenbaues, des Bauhofs, des Friedhofs, der gärtnerischen Anlagen, der Parkpflege, der Baum- und Alleepflege, 7. Straßenwärter, 8. Boten und Maßgehilfen, 9. Rasenmäher, 10. Parkarbeiter, 11. Baumschneider, 12. Waldwärter.

Das schönste ist nun, daß die Weltkurstadt Wiesbaden nach dem Lohnstatut keine Gärtner beschäftigt, obwohl in der amtlichen Statistik deren Zahl auf 79 angegeben wird! Die Gärtner werden nämlich in Wiesbadener Bürokraten-Deutsch als Rasenmäher, Parkarbeiter und Baumschneider bezeichnet. Dies entspricht ganz dem reaktionären Geist, der dort herrscht!

In der badischen Residenz Karlsruhe können die Gärtner in die Lohnklasse I bis 3 eingereiht werden. Lohnklasse I beginnt mit 3,20 Mk. und steigt nach 10 Jahren auf 4,20 Mk., II beginnt mit 3,50 Mk. und III mit 3,80 Mk., um im gleichen Verhältnis zu steigen. Was geschieht aber in Wirklichkeit? Die Gärtner werden fast ausnahmslos in Lohnklasse I gepreßt und erhalten somit den Lohn, der für ungelernete Arbeiter angesetzt ist!

Aber selbst in den Orten, in denen etwas bessere Löhne gezahlt werden (wie in Berlin,

Ludwigshafen u. a. m.), verdienen die Gärtner weniger als die übrigen gelernten Arbeiter. So schämt sich die Stadt Berlin nicht, ihre Gärtner und Gartenarbeiter mit folgenden Löhnen abzuspiesen:

Berufsgruppe	Löhne n. d. Etats 1907/08				
	Anfangslohn	3	6	9	12
		Jahren			
1. Gärtner . . . . .	4,—	4,25	4,50	4,75	5,—
2. Vollarbeitsfäh. Arbeiter	3,50	3,75	4,—	—	—
3. Parkwächter . . . . .					
4. Vorübergehend beschäftigte Arbeiter . . . . .	3,50	—	—	—	—
5. Nicht vollarbeitsfähige Arbeiter . . . . .	3,—	—	—	—	—
6. Arbeiterinnen . . . . .	2,—	—	—	—	—
7. Uniform. Parkwächter . . . . .	Monatslohn nach den Sätzen zu 2 u. 3 u. 60 M. Kleidergeld halbjährl.				

Wie kommt es nun, daß unsre Kollegen in fast allen Stadtgärtnereien schlechter bezahlt sind, als die übrigen gelernten Arbeiter? Sobald eine Stadtverwaltung daran geht, die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter einer Revision zu unterziehen, fragt sie zuerst nach, welche Löhne für die einzelnen Arbeiterkategorien in der Privatindustrie gezahlt werden. Sind nun an dem betreffenden Orte die Löhne in der gewerblichen Gärtnerei durch die Organisation schon etwas gebessert worden, so muß und wird die Stadtverwaltung dieser Tatsache Rechnung tragen und auch die Löhne der Stadtgärtnereiarbeiterschaft denen der gewerblichen gleichstellen. Stehen dagegen die Löhne in der gewerblichen Gärtnerei an Orte niedrig, und das ist leider in den meisten Fällen so, dann hat die Stadt auch keine Veranlassung, mehr zu zahlen. Daß das nicht geschieht, dafür sorgen die Stadtverordneten, die ja zum großen Teil ebenfalls Unternehmer sind, schon selbst; denn sonst würde, wie schon oben gesagt, ihr heiliger Profit notleiden. Fast allgemein können wir sehen, daß die Löhne der übrigen gelernten Arbeiter immer dann nur ein Bedeutendes über die unsrigen hinausreichen, wenn in ihrer Industrie am Orte dasselbe der Fall ist.

Alles das beweist uns, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Stadtgärtnereien nur dann eine Verbesserung erfahren werden, wenn sich die betr. Kollegen mit denen der gewerblichen Gärtnerei zusammenschließen, um den Gesamtberuf zu heben! Man wird hier einwenden, daß in einigen Städten die Löhne der Stadtgärtnereiarbeiterschaft gebessert wurden, ohne daß dieselbe Erscheinung in der gewerblichen Gärtnerei beobachtet werden konnte.

Mir sind nur zwei solcher Fälle bekannt und zwar in Straßburg und Mühlhausen i. Els. Aber hier waren es ganz bestimmte Voraussetzungen, die eben Ausnahmen bilden, und als solche die Regel bestätigen. Mühlhausen verfügte zu dieser Zeit über eine sozialdemokratische Mehrheit im Stadtparlament, und in Straßburg hatte dieselbe Partei einen bestimmenden Einfluß auf die Stadt. Hier ist es also nur dem Wirken einer politischen Partei zuzuschreiben, wenn die Lohnverhältnisse einer Branche des Berufes über das allgemeine Niveau am Orte erhoben werden.

Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß es nicht möglich ist, einzelne Branchen des Berufes allein zu heben, sondern Aufgabe unsrer Organisation muß es sein, die wirtschaftliche Lage der Gärtnereiarbeiterschaft überhaupt zu bessern; dadurch dienen wir der Allgemeinheit am besten und erfolgreichsten.

Aber eine weitere Frage verdient ebenfalls gleich bei dieser Gelegenheit in Erörterung gezogen zu werden. Eine Frage, der ebenfalls bisher nicht die nötige Beachtung geschenkt wurde. Die gewerbliche Gärtnerei, mit Ausnahme der Landschaftsbranche, beschäftigt mit Vorliebe jugendliche Kollegen. Die älteren werden ganz unbeachtet zur Seite geschoben; für sie gibt es keine Möglichkeit mehr, in dem seitherigen Berufszweig ein Fortkommen zu finden. Viele dieser Kollegen versuchen nun in der Stadtgärtnerei ihr Heil. Daher kommt es denn, daß in den Stadtgärtnereien fast nur ältere Kollegen beschäftigt sind. Allerdings heißt es, wenn die Kollegen sich erst einen eignen Herd gründen wollen, den Hungerriemen immer enger und enger zu schnallen; aber man hat doch wenigstens, im Gegensatz zur Handelsgärtnerei, die Möglichkeit, sich zu verheiraten. Diese Kollegen nun, die alle Ursache hätten, Hand in Hand mit ihren Brüdern für bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen, stehen meistens der Arbeiterbewegung resigniert, zum mindesten teilnahmslos gegenüber. Und grade sie sollten die Pioniere für unsre Sache abgeben! Die jungen Kollegen in den gewerblichen Betrieben wechseln zuviel, wodurch das Organisationsleben Not leidet. Wir müssen also versuchen, grade diese Kollegen, die teilnahmslos zur Seite stehen, für uns zu gewinnen, wodurch wir an den einzelnen Orten einen ansässigen Stamm von Mitgliedern bekommen.

Diesem Plan kommt auch der Hauptvorstand unsrer Organisation insofern entgegen, als er der demnächst stattfindenden Generalversammlung einen Antrag unterbreitet, wonach die Kollegen der Stadtgärtnereien erhöhte Unterstützungssätze im Krankheitsfalle zu beanspruchen haben. Dadurch wird es möglich sein, die Kollegen mehr als bisher für unsre Sache zu interessieren. Es ist nun einmal Tatsache, daß die seitherigen Unterstützungseinrichtungen diesen Kollegen fast garnichts nützen. Sie haben, allerdings in sehr beschränkter Weise, mehr oder weniger dauernde Arbeit, sodaß die Arbeitslosenunterstützung nur sehr selten in Kraft getreten ist. Freilich, das jüngere Element fluktuiert von einer Branche in die andre und hat dadurch mehr Gelegenheit, diese Einrichtung zu benutzen; die älteren Kollegen aber sind bestrebt, in diesen Stellen auszuhalten und werden es daher mit Freuden begrüßen, wenn ihnen eine erhöhte Krankenunterstützung zuteil wird. Ob allerdings die Form, die der Hauptvorstand gewählt hat, eine richtige ist,

wird die Aussprache auf der Generalversammlung von selbst ergeben.

Gleichzeitig könnte noch einiges über die Organisation selbst gesagt werden. In den Orten, an denen unsre Organisation bereits eine beträchtliche Stärke erlangt hat, dürfte es sich empfehlen, für die Kollegen der Stadtgärtnerei, sofern sie sich bereit erklären, dem A. D. G. V. beizutreten, besondere Sektionen zu gründen. Gemeint sind hierbei nur einige Orte, in denen eine solche Maßnahme im Vereins- und Versammlungswesen nicht lähmend wirken kann. Diese Sektion würde periodisch, am besten nach Bedarf, ihre gesonderten Versammlungen und Besprechungen abhalten, in denen eben nur Branchenangelegenheiten erörtert werden sollen. Dadurch werden wir die Kollegen zu reger Agitation gewinnen. Erfahrungsgemäß ist die Agitation von Mund zu Mund die nachhaltigste, und wenn wir erst in den Stadtgärtnereien allein festen Fuß gefaßt haben, wird es möglich sein, durch eben diese Kleinarbeit die Massen für uns zu gewinnen. An kleineren Orten, wo sich so ziemlich die Kollegen alle persönlich kennen, dürften besondere Sektionen überflüssig sein, ja schädlich wirken, weshalb da von solchen Gründungen Abstand zu nehmen ist.

Wir werden uns also künftig in weit höherem Maße als bisher um die Kollegen der Stadtgärtnereien zu kümmern haben. Ein großes Feld zumteil steinigem Bodens harret seiner Bearbeitung. Fleißige Hände sind erforderlich, um den Boden zu lockern. Je größer die Zahl unsrer Pioniere, desto rascher wird es gelingen, das Gebiet zu erobern. Die geistigen Waffen sind vorhanden, wir haben sie nur zu gebrauchen. Es handelt sich um einen Preis, der den Schweiß eines Jeden wert ist!

Eugen Kaiser, Frankfurt a. M.

## Organisationsfragen.

### VI.

Wir wollen unsre Kasse stärken und Lohnbewegungen führen. Bieten aber gefüllte Kassen allein eine Gewähr für das Zustandekommen günstigerer Lohn- und Arbeitsverhältnisse? Muß nicht mit erhöhtem Kampfe gegen die feudalen Zustände innerhalb unsres Berufes eine intensivere Agitation unter den uns noch fernstehenden Berufskollegen Hand in Hand gehen? Droht nicht die düstere Wolke am Organisationshorizont, der Indifferentismus, alle bisher errungenen Positionen wieder illusorisch zu machen? Da käme in allererster Linie der Osten unsres Vaterlandes mit seinen ausgedehnten Lehrlingszuchtereien in Handels- und Gutgärtnereien in Betracht. Die Zahl der in diesen Provinzen beschäftigten Gärtnereiarbeiter ist keineswegs so gering, daß hiervon nicht gesprochen werden dürfte. Es ist absolut nicht übertrieben, wenn ich behaupte, daß  $\frac{4}{5}$  aller hier im Westen tätigen Gehilfen „Ostelbier“ sind. Der größte Prozentsatz muß aber erst hier für die Organisation gewonnen werden, und es bedarf in den allermeisten Fällen einer zähen anhaltenden Agitationsarbeit, um diese Berufskollegen für unsre Organisation zu gewinnen. Wer sich davon noch nicht überzeugt hat, gehe in die Gärtnereien, suche diese Kollegen in ihren miserablen Wohnungen auf und predige ihnen das Evangelium einer besseren Zukunft. Man vergegenwärtige sich doch nur, unter welchen Verhältnissen diese Kollegen dort aufwachsen und dann später mit einer ansehnlichen Portion Hundedemut und Dünkel die väterliche Scholle verlassen, um leider nur zu oft den schwer um ihre Existenz ringenden Gehilfen in den Rücken zu fallen.

Hier, meine ich, wäre es ganz gewiß am Platze, den revolutionären Geist der Arbeiterbewegung mehr denn bisher in diese rückständigen Gebiete zu tragen und die Gärtnergehilfen mit dem Organisationsgedanken vertraut zu machen. Bekanntlich stellte sich die letzte Generalversammlung auf den Standpunkt, die bisherigen Agitationstouren in diese Gebiete einzuschränken, aus Sparsamkeitsrücksichten und weil sie nicht genügend greifbare Erfolge zeitigten.

Die hier angewandte Sparsamkeit will mir als eine Sparsamkeit am falschen Ende erscheinen. Durch diese Sparsamkeit erhöhen sich naturgemäß die Kosten für die Agitation in allen übrigen Bezirken. Es ist meiner Ansicht nach grundsätzlich falsch, die Erfolge und Früchte agitatorischer Tätigkeit nach der Zahl der neu gewonnenen Mitglieder einzuschätzen. Hier kommt es in erster Linie darauf an, die Idee der gewerkschaftlichen Selbsthilfe in die Masse der Indifferenten zu tragen, dann werden sie bei späterer Bearbeitung leichter für die Gewerkschaft zu gewinnen sein.

Sollten sich nun die großen Agitationstouren tatsächlich als zu kostspielig erweisen, so bitte ich die Frage zu erwägen, ob es als empfehlenswert bezeichnet werden kann, nach den für uns in Betracht kommenden Orten agitatorisch tüchtige Mitglieder zu verschieben und dieselben seitens der Hauptkasse materiell zu unterstützen; denn bei den in diesen Gebieten ohnehin niedrigen Löhnen kann von solchen Mitgliedern nicht verlangt werden, daß sie die damit verbundenen Unkosten selbst tragen.

Hier muß also Wandel geschaffen werden. Der jetzige Zustand ist ein ungesunder, dem wir nicht länger mit verschränkten Armen gegenüberstehen dürfen. Mögen sich dem auch Schwierigkeiten entgegenstellen, sie sind nicht so tief einschneidender Natur, daß sie nicht überwunden werden könnten.

Wilhelm Dähn, Dortmund.

## Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens.

### IV.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Debatte der Satz: „Kollegen, werdet Idealisten!“ Die kommende Generalversammlung soll Mittel und Wege finden, um für wirtschaftliche Kämpfe besser gerüstet zu sein. Gefordert werden erhöhte Opferfreudigkeit einerseits und geringere Ansprüche an die Unterstützungseinrichtungen andererseits. Und das mit Recht! Wir sind keine Organisation gleich den Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereinen, die in vollen Unterstützungskassen das Ideal eines gesicherten Daseins erblicken.

Wir haben in erster Linie die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gärtnerproletarier auf unsre Fahne geschrieben, und hierzu bedarf es straffer Erziehung zur gewerkschaftlichen Disziplin und Opferwilligkeit. Die Mitglieder müssen nicht nur dazu erzogen werden, sich künftighin mit etwas weniger Unterstützung zu befriedigen, sondern gegebenenfalls für ihre Ideale auch Not und Entbehrung zu leiden! Die Unterstützungseinrichtungen sollen uns nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck sein. Die Vorlage des Hauptvorstandes ist daher nur zu begrüßen.

Was nun die Unterstützungssätze selbst anbetrifft, so scheint mir die Dauer der Bezugszeit in der Vorlage des Hauptvorstandes zu hoch gegriffen. Annehmbarer wäre da wohl in dieser Beziehung der Vorschlag des Kollegen Link.

Ebenfalls sollte in Beitragskasse II nach einer Beitragsleistung von 52 Wochen nur 0,75 M. pro Tag gezahlt werden; dagegen scheint nach einer Beitragsleistung von 104 Wochen der Betrag von 1 M. gerechtfertigt. Ferner sollte in Klasse III über die Summe von 1,40 M. nicht hinausgegangen werden.

Bezüglich des Sterbegeldes vertrete ich die Ansicht, daß diese Sätze auch noch um etwa 20 M. gekürzt werden können. Übrigens sollte die Auszahlung der Unterstützung nicht vom 8., sondern vom 5. Tage an geschehen.

Dem Vorschlag des Kollegen Otto, auch die 35 Pf.-Klasse beizuhalten, stimme ich zu.

Wilhelm Dähn, Dortmund.

### V.

Der wichtigste Punkt der Generalversammlung ist die Änderung unsres Beitrags- und Unterstützungswesens resp. Schaffung besserer Kassenverhältnisse. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir nun nicht an einen „Ausbau“ sondern an eine Änderung des Unterstützungssystems herangehen müssen. Ausbau würde Erweiterung, Erhöhung der Unterstützungen bedeuten, und mit dieser ist eine Erhöhung der Beiträge unerlässlich, wie ja die Vorlage des Hauptvorstandes zeigt.

Wollen wir diese Vorlage prüfen, so müssen wir sie auf ihre Wirkung hin prüfen. Die Klasse I darf nur für Gutsgärtner, Binderinnen und rückständige Lohngebiete eingeführt werden, kommt also weniger in Frage. Obwohl die vorgeschlagenen Unterstützungssätze im Verhältnis zu den Beiträgen, 30 Pf. pro Woche, hoch sind, müssen wir denselben wohl schon im Interesse der Agitation zustimmen.

Die Klasse II, 40 Pf. Beitrag, ist jedenfalls die wichtigste, weil dieses der obligatorische Grundbeitrag ist, der für alle Mitglieder ein Muß bedeutet. Nun müssen wir, wenn dieser Beitrag eingeführt wird, in den Zweigvereinen aber mindestens 5 Pf. Ortszuschlag, das sind 45 Pf pro Woche, erheben. Denn 10 resp. 15% bleiben nur am Orte, bei 10% also 4 Pf., bei 15% 6 Pf., das ist zur Deckung der laufenden Ausgaben zu wenig, hierzu gehören 8-9 Pf. pro Marke. In Zukunft sollen die Kosten für Agitation mehr wie bisher auf die Ortskassen abgewälzt, also diese mehr belastet werden. Die Einnahmen für die Neuaufnahmen von 40 Pf. pro Mitglied werden reduziert auf 5 resp. 7 1/2 Pf., für die Ortskassen, gewiß eine bedeutende Verschlechterung, der gegenüber die geringe Mehreinnahmen für Kalender nicht ins Gewicht fällt. Aus allen diesen Mehrausgaben ergibt sich aber, daß die Ortskassen mit dem Mindestsatz, den sie am Orte gebrauchen (8-9 Pf. pro Marke), nicht mehr auskommen. Ein Ortszuschlag von 10 Pf. würde deshalb in sehr vielen Orten notwendig sein, umso mehr, da es doch zu wünschen ist, daß die Bestände der Ortskassen weiter wachsen, denn nur dann können sie imstande sein, die Hauptkasse in Agitation und bei Streiks wirklich zu entlasten. Gewiß sind die Ortskassen in 3 Jahren fast um das Doppelte gewachsen, aber hierbei ist zu bedenken, daß dieses Wachstum nur in zwei Agitationsbezirken zu konstatieren ist, und hier würden einige Bewegungen genügen, um den Fortschritt für einige Zeit wieder aufzuheben. Bei genauer Berechnung ergibt sich auch, daß von all unsern Zweigvereinen nur 10 bis 12 einen Kassenbestand haben, dem man den Namen „Kampffonds“ zukommen lassen kann, ein ganz Teil Orte stagnieren oder gehen sogar mit ihren Beständen zurück. Warum wohl? Die Beiträge, welche am Ort verbleiben, genügen eben nicht, um die Ausgaben zu decken, und die Beiträge können nicht erhöht werden, weil die niedrigen Löhne dies nicht zulassen oder weil im Interesse der Agitation dies nicht ratsam ist.

Die Ortskassen werden also durch die gedachte Stärkung der Hauptkasse mehr belastet; es ist notwendig, daß die Ortskassen mit der Hauptkasse zugleich gestärkt werden, wir also auf Mehreinnahmen bedacht sein müssen, und dies kann nur durch erhöhte Ortszuschläge der Fall sein; es müßten 10 Pf. Zuschlag erhoben werden, das sind bei 40 Pf. Grundbeitrag 50 Pf. pro Woche in den Zweigvereinen. Nur hierdurch wäre eine Verbesserung der Haupt- und Ortskassen möglich. Nun ist es ganz ausgeschlossen, daß 50 Pf. durchweg erhoben werden können, ich bezweifle sogar, daß eine ganze Anzahl von Vereinen überhaupt 45 Pf. erheben können, und das ist bei der Vorlage des Hauptvorstandes das Mindeste. — Dies Moment müssen alle Vorstände der Zweigvereine genügend berücksichtigen. Es ist grade die Aufgabe der kleineren Vereine, hierüber zu entscheiden. Die Vereine mit 10% Abführung können dem 40 Pf.-Grundbeitrag (also 45 Pf. Wochenbeitrag mindestens) zustimmen und auch mit 45 Pf. eben auskommen; ob es die Orte ohne Beamte (also mit 15% Abführung) können, müssen diese selbst entscheiden.

Man wird nun hier einwenden können, wir müssen unsre Mitglieder zur höheren Beitragszahlung erziehen, denn wer etwas von der Organisation verlangt, muß auch für sie opfern. Ganz richtig; aber wenn wir uns die Beitragsleistung der letzten Jahre ansehen, so muß man gestehen, daß wir hierin in den letzten Jahren ziemlich was geleistet haben. Die ehemalige „Deutsche Gärtnervereinigung“ erhöhte 1903 im April ihre Wochenbeiträge von 20 auf 30 Pfg.; der Zusammenschluß der beiden Organisationen am 1. Jan. 1904 bedeutete für die Mitglieder des A. D. G. V. auch eine Erhöhung von 5 bis 10 Pfg. pro Woche durch Einführung des 30 Pfg.-Wochenbeitrages. Am 1. Januar 1906 trat der 35 Pfg.-Beitrag in Kraft und die Mehrabführung der 3 Pfg. ab 1. Januar 1909 bedeutete ebenso eine Erhöhung um 5 Pfg., also auf 40 Pfg., sodaß 4300 Mitglieder jetzt 40 Pfg. und über die Hälfte hiervon 45 bis 50 Pfg. zahlt. Das ist in 6 Jahren ein beachtenswerter Fortschritt. — Nun ist es gewiß, daß ein Teil unser Mitglieder höhere Beiträge zahlen kann, wenn sie genügend gewerkschaftliche Erziehung besäßen. Aber hieran mangelt es. Warum? Nun, weil zweifellos die größte Hälfte unser Mitglieder noch zu junge Mitglieder sind. Man bedenke nur, daß wir jedes Jahr ungefähr 4000 Neuaufnahmen machen; dann kann man ermesen, was für eine schwere und immer sich wieder erneuernde Erziehungsarbeit zu leisten ist. Über die Gründe der gewaltigen Fluktuation brauche ich nicht weiter zu reden, die liegen eben in den fluchwürdigen Existenzbedingungen unsres Berufes. Es ergibt sich aber doch hieraus, daß unsre Hauptaufgabe immer noch die ist, unsern

Kollegen erst zu beweisen, daß sie die Pflicht haben, überhaupt erst mal Beiträge zu einer Organisation zu zahlen. Je höher die Beiträge der Organisation sind, desto schwieriger ist es aber doch, Mitglieder zu gewinnen, und wie schwer ist es bei unsern Lohnverhältnissen, den Zahlungspflichten nachzukommen. Es gibt einen großen Teil von Orten, wo nur die feste Überzeugung unser Mitglieder diesen die Zahlung möglich macht, wo sie so erbärmlich verdienen, daß sie tatsächlich jeden Pfennig für ihren Unterhalt gebrauchen müssen; bedenke man, was man selbst in dieser Beziehung durchgemacht. In allen diesen Gebieten, und dies sind nicht wenige, können wir die Beiträge nicht weiter erhöhen im Interesse unser Mitglieder und der Werbungsfähigkeit unser Organisation. Man sage hier nicht, die Zeit, wo man mit niedrigen Beiträgen Mitglieder wirbt, ist vorbei. Ich nenne hier die neuen Organisationen der Dienstboten und Landarbeiter. Wollen diese überhaupt Mitglieder werben, so müssen sie niedrige Beiträge erheben, und mit solchen Verhältnissen müssen wir auch vielfach rechnen.

Ich stehe aus diesen Gründen auf dem Standpunkt, daß die Beiträge auf der Generalversammlung nicht erhöht werden können, auf keinen Fall in nennenswerter Weise. Dies ist sich der Hauptvorstand sehr wohl bewußt, und er schlägt uns darum eine freiwillige höhere Beitragsklasse von 45 Pfg. vor. Dies bedeutet aber für diejenigen Vereine, welche derselben beitreten, einen Wochenbeitrag von 50 bis 55 Pfg.; aus den schon oben angeführten Gründen wird der 55 Pfg.-Beitrag notwendig, und wird auch dieser Beitrag von allzuviel Orten in den nächsten ein bis zwei Jahren nicht eingeführt werden können. Dadurch würde aber die gedachte Mehreinnahme zum größten Teil ausbleiben, und die Reform stände nur auf dem Papier. Es ist überhaupt eine eigenartige Sache, eine Finanzreform aufgrund einer freiwilligen Beitragserhöhung aufzubauen. Die Generalversammlung kann ja die freiwillige Klasse in aller Ruhe beschließen, ohne Verantwortlichkeitsgefühl. Bleibt aber der erwartete Beitritt zu der Klasse aus, so ist die ganze Generalversammlung umsonst gewesen, und wir stehen auf demselben Fleck wie zuvor. Soll die Generalversammlung positive Arbeit leisten, dann muß dieselbe Reformen einführen, durch welche rechnerisch festgestellt werden kann, das und das erreichen wir ohne Zweifel dadurch. Die Generalversammlung kann ja die freiwillige Klasse beschließen, muß aber neben derselben zur Stärkung der Kassenverhältnisse noch ganz andre Reformen durchführen.

Zunächst noch einige Worte zur Klasse II mit 40 Pfg. Durch Einführung derselben würde die Hauptkasse von den Vereinen mit Beamten 1 Pfg. pro Marke, von denen ohne Beamten 4 Pfg. pro Marke mehr einnehmen, hierzu kommt noch die Mehreinnahme von 35 resp. 32 1/2 Pfg. für jede Neuaufnahme, dies zusammen würde 5 bis 6000 Mk. Mehreinnahmen bedeuten. Die Frage ist nur, ob der 40 Pfg.-Grundbeitrag unter den jetzigen Verhältnissen und den angegebenen Wirkungen durchführbar ist. — In der Vorlage ist bei der 40 Pfg.-Klasse auch eine kleine Verschlechterung der Unterstützung in dem 1. Jahr eingetreten, aber eine bedeutende Verbesserung in dem 3., 4. und 5. Jahr. Eine Ersparnis tritt hierdurch nicht ein; es ist nämlich zu beachten, daß nur da weniger Unterstützung gezahlt wird, wo die Arbeitslosigkeit über 4 Wochen dauert, die Fälle, welche jetzt über 21 Mk. erhielten, und macht dies nicht die Hälfte sämtlicher Unterstützungsfälle aus. Von 346 Unterstützungsfällen seit 1906 in der Ortsverwaltung Hamburg wurden nur 71 voll ausgesteuert. Die Ersparnis, welche eintritt, wird durch die Mehrauszahlung in älteren Jahrgängen wieder wett gemacht. — Da die Einführung des 40 Pfg.-Grundbeitrages ziemlich zweifelhaft erscheint und die hierbei möglichen Mehreinnahmen auch bei der Einführung nicht genügen würden, müssen wir uns nach einem andern Weg umsehen, und da ist die Herabsetzung der Unterstützungssätze das einzig Mögliche.

Ist dieser Weg gangbar?

Der Hauptvorstand kann sich hierzu nicht entschließen, hält vielmehr eine Beitragserhöhung für möglicher. — Die Kollegen Link und Otto halten eine Herabsetzung der Unterstützungssätze bei den jetzigen Beiträgen wohl für angängig. Auch ich stimme diesem zu. Behalten wir die jetzigen Beiträge bei, setzen wir die Unterstützungen in den ersten Jahren herab und in den späteren erhöhen wir sie. Man wird hier einwenden: das geht nicht, wir dürfen unsern Mitgliedern die Rechte nicht beschneiden, es wird dann eine Mitgliederflucht eintreten. — Nun, legen

wir in allen Zweigvereinen die verschiedenen Pläne vor und lassen die Mitglieder selbst entscheiden und demgemäß ihre Delegierten zur Generalversammlung Auftrag geben. Die Delegierten werden dem Auftrag ihrer Mitglieder gemäß handeln; die Beschlüsse der Generalversammlung müssen der Ausdruck des Willens der Mehrzahl unser Mitglieder sein. Setzen wir die Unterstützungssätze in den ersten Jahren herab, um sie in den späteren Jahren heraufzusetzen, so ist das auch keine Beschneidung der Rechte, sondern ein gerechter Ausgleich von Leistung und Gegenleistung! Ist der heutige Zustand gerecht, wo ein Mitglied nach 52 Wochen grade soviel pro Tag bekommt als wie ein Mitglied nach 312 Wochen? Daß letzterer 84 Tage erhalten kann, ersterer nur 28, macht doch nicht zuviel aus. In Hamburg hat ein einziges Mitglied in diesem Winter 84 Tage voll erhalten. Es wäre viel richtiger, in den ersten Jahren weniger pro Tag zu geben und dann je nach Länge der Mitgliedsdauer zu steigern. Das würden unsre älteren Kollegen freudig begrüßen, und es würde ein Anreiz für die jüngeren Mitglieder sein, längere Mitgliedschaft zu erwerben. Heute liegt es so, daß ja ein Mitglied, wenn es seine Unterstützung voll erhalten hat, ruhig eine Zeitlang austreten kann. Tritt es nach kurzer Zeit wieder ein, so kann es nach 52 Wochen wieder 1 Mk. pro Tag beziehen. — Dieser Zustand muß geändert werden. Die Berechnungen des Kollegen Schmidt zeigen ja auch, daß grade die Mitglieder im 2. Jahre es sind, welche die größten Vorteile genießen. Meine Berechnung führt zu demselben Ergebnis: von 346 Unterstützungsfällen in Hamburg ab 1. Jan. 06 bis 1. April 09 waren 159 Fälle, gleich 45%, ein Jahr Mitglied. Für die 346 Fälle wurden 5458 Mk. ausgezahlt, hiervon entfielen 2263 Mk. gleich 40 Proz. auf die Fälle mit einjähriger Mitgliedschaft. 83 Fälle mit 1316 Mk. kamen auf zweijährige und 104 Fälle mit nur 1879 Mk. auf drei- bis sechsjährige Mitgliedschaft. Also dasselbe Ergebnis. — Der Hauptvorstand sieht ja auch diese Änderung vor, aber meiner Überzeugung nach müssen Dauer und Rechte in noch viel schärferem Maße unterschieden werden, und schlage ich folgende Staffelung vor:

Nach Beitragsleistung von Wochen	Tage	p. Tag	p. Woche	p. Jahr
52	21	0,75 Mk.	5,25 Mk.	15,75 Mk.
104	28	0,75 "	5,25 "	21, — "
156	28	1, — "	7, — "	28, — "
208	35	1, — "	7, — "	35, — "
260	35	1,25 "	8,75 "	43,75 "
312	42	1,25 "	8,75 "	52,50 "
364	42	1,50 "	10,50 "	63, — "
416	56	1,50 "	10,50 "	84, — "

Dies bedeutet einen gerechten Ausgleich, und deckt sich dieser Vorschlag mit dem des Koll. Linck vollständig, wie auch mit dem des Koll. Otto. Nur der 5 Klasseteilung des letzteren kann ich wegen der Schwierigkeiten in der Kassenführung und bei der Kleinheit unser Organisation nicht zustimmen. — Bei diesen Sätzen wird es meinen Berechnungen nach auch sehr wohl möglich sein, bei gleichbleibenden Beiträgen einen höheren Kassenbestand zu schaffen, und grade dieser Umstand sollte alle Mitglieder veranlassen, diesen Vorschlägen ohne weiteres zuzustimmen. Der Hauptzweck, ja der einzige Zweck des Verbandes ist, die Lage der Mitglieder zu heben, und dies geschieht am besten durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies können wir nur möglich machen durch Lohnkämpfe, und hierzu gehört ein hoher Kassenbestand. Unser heutiger Hauptkassenbestand, wie auch die meisten Ortsbestände sind aber nicht danach angetan, große Ausgaben für große, langwierige und auch öftere Kämpfe zu bestreiten, sind nicht danach angetan, dem Unternehmertum Respekt einzuflößen. Die Kassenbestände der Hauptkasse waren folgende:

1. Januar 03	1 383 Mk.
1. " 04	2 084 "
1. " 05	7 434 "
1. " 06	8 697 "
1. " 07	14 989 "
1. " 08	7 313 "
1. " 09	13 742 "

Am Schlusse des 2. Quartals 07 betrug der Bestand nur 3599 M., den Höchstbetrag hatten wir am 1. Januar 07 mit beinahe 15000 M., zur Zeit beträgt er wieder 7800 M., also wieder eine Verminderung. Es ist ein stetes Auf und Ab, irgend besondere Ereignisse, wie größerer Kampf oder wie im letzten Winter große Arbeitslosigkeit, wirft uns wieder zurück. Käme dann noch irgend ein anderes Ereignis hinzu, nehmen wir an, wir hätten im diesem Jahre keine schlechte Konjunktur gehabt, so wären eine ganze Anzahl Lohnkämpfe nötig gewesen, und dann hätten

wir unbedingt die Hilfe anderer Organisationen in Anspruch nehmen müssen. Mit derartigen Eventualitäten müssen wir rechnen und uns darauf einrichten durch Stärkung der Hauptkasse. Das liegt im Interesse jedes Einzelnen, bei guten Kampffonds können wir Lohnkämpfe führen, wodurch die Lage der Mitglieder am schnellsten gehoben wird, nicht aber durch Auszahlung von großen Unterstützungen und schlechtem Kassenbestand. Unterstützungen können und sollen nur Mittel zum Zweck sein, nicht aber Hauptzweck. — Auch stelle ich die Behauptung auf, daß den Unterstützungseinrichtungen von unsern Mitgliedern lange nicht die Bedeutung zugemessen wird, als in vielen andern Gewerkschaften, weil eben die meisten Mitglieder junge unverheirateten Leute sind, welche als Zufluchtsort bei Arbeitslosigkeit das Elternhaus benutzen. — Auch sind wir nicht die einzige Gewerkschaft, welche eine solche Änderung im Unterstützungswesen einführen. Die Metallarbeiter haben die Wartezeit heraufgesetzt und statt wie bisher die Steigerung von Jahr zu Jahr um alle zwei Jahre stattfinden lassen. — Die Bildhauer haben die Wartezeit verlängert. Die Beiträge um 10 Pf. pro Woche erhöht und die Unterstützungen in bisheriger Form gelassen. Wenn man eben einsieht, daß das alte System ist zum Schaden der Organisation, so muß man es eben ändern und ändern wir einmal, dann gleich so, daß wir wissen, es hilft uns vorwärts. Der sicherste Weg, den wir einschlagen können, ohne ins Ungewisse zu schreiten, ist: Beibehaltung der bisherigen Beiträge (mit örtlichen den Verhältnissen angemessenen Zuschlägen), Herabsetzung der Unterstützungen in den ersten und Erhöhung der Unterstützung in den späteren Jahren. — Mögen sich alle Mitglieder hierüber einmal gründlich aussprechen. —

Eine weitere Ersparnis, welche zwar mit dem Unterstützungswesen zusammenhängt, aber grade so wichtig ist zu erörtern, ist Ersparnisse an unsrer Zeitung zu machen, indem dieselbe einmal 4 seitig und 8 seitig abwechselnd erscheint. Die Zeitung kostet pro Jahr 13000 M., im Verhältnis zur Organisation eine ungeheure Summe. Durch die Abänderung würden an 3000 M. gespart werden können. Auch läßt sich diese Änderung verantworten, weil die verschiedenen Korrespondenzen der Agitationsbezirke der Zeitung eine Aufgabe abnehmen werden. Da dieser Antrag voraussichtlich gestellt wird, so möchte ich ersuchen, diesen Plan reiflich zu diskutieren.

Eine andre Möglichkeit, die Finanzen zu heben, ist eine vergrößerte Einnahme durch eine erhöhte Mitgliederzahl bei demselben Beamtenapparat, resp. Verminderung desselben nach Vorschlag des Hauptvorstandes. Es kann nicht weiter gehen, daß der Fortschritt einiger Bezirke beinahe wieder aufgehoben wird durch den Rückschritt anderer Bezirke. Hierüber zu reden wird auch Aufgabe der Generalversammlung sein. J. Busch, Hamburg.

## Der Verrat der Wiener christlichen Gärtnergehilfen.

Am 26. April d. J. traten zum ersten Male in ganz Österreich die Gärtnergehilfen, und zwar in Wien, in den Streik, welcher von einem blindwütigen und haßerfüllten Unternehmertum mutwillig provoziert wurde. Es sollte dadurch die gewerkschaftliche Organisation der Gärtner vernichtet werden. Hauptsächlich waren es die Handelsgärtner Richter und Bacher sowie Gartenarchitekt Tollmann nebst den Herren Hohm und Böse, welche die Rolle des Dracontiers spielen wollten. Sie ließen sich dies nicht nur viele Mühe kosten, sondern setzten alles in Bewegung, um einen Keil zwischen die Gehilfenschaft zu treiben, Zerspaltung zu schaffen und Verräter anzuwerben. Und tatsächlich zeitigte das Gebaren dieser Herren einige Erfolge. An dem Tage, wo für die Meister die Situation am ernstesten war, da meldete sich Wacka mit seiner Verrätersippe und bot seine Judasdienste an. Am 29. April hielt die „Genossenschaft der Wiener Zier- und Handelsgärtner“ ihre Plenarversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand das Verhandlungsthema: „Reglung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. Es sollte unter Anwesenheit der Gehilfenvertreter der letzte Versuch unternommen werden, den Streik durch eine beide Teile versöhnenden Vergleich zu beseitigen. Dies wäre uns gelungen, wenn nicht im letzten Moment die Hyänen des Schlachtfeldes, die Christlichsozialen als Streikbrecher der Genossenschaft im letzten Momente Sukkurs gebracht hätten.

Der Obmann der Zier- und Handelsgärtner konnte schon in dieser Versammlung folgenden

verräterischen Brief zur Verlesung bringen. Hier der Wortlaut:

„An den löbl. Vorstand der Genossenschaft der Kunst- und Ziergärtner Wiens!

Der Vorstand des Verbandes der christlichen Gärtnergehilfen Österreichs mit seinem Sitze in Wien erlaubt sich an die löbliche Genossenschaftsvorstellung Zuschrift in eigenem Interesse seiner Mitglieder zu richten.

Der gegründete Verband christlicher Gärtnergehilfen Österreichs hat den Zweck, den Berufsstand dadurch zu heben, um eine Besserung der wirtschaftlichen Lage, nach dem heutigen möglichen Zeitpunkte durch christliches sachliches Vorgehen mit den Arbeitgebern anzustreben. Keine unüberlegten Irrlehren, Revolution und Feindschaft zwischen Meister und Gehilfen säen wir, sondern einzig und allein eine beiden Teilen zweckmäßige und nutzbringende Wirtschaftspolitik betreiben wir. Deshalb ist es ein Wahnwitz bei dem heutigen Zeitpunkte, wo sich die Meister selbst durch eine festgefügte Organisation zur Hebung des gesamten Gärtnerstandes und zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zusammenschließen und dieses Vorgehen auch der Gehilfenschaft gewiß eine bessere Zukunft bringen wird, einen Streik zu proklamieren, den Meistern dadurch in den Rücken zu fallen, auf diese Art und Weise den nutzbringenden Keim für die Gesamtinteressen des Gärtnerstandes unmöglich zu machen. Bedauerlich ist es, daß sich bei der teilweisen Durchführung eines ganz aussichtslosen Streiks auch einige alte ergraute Kollegen angeschlossen und sich von jungen, unvernünftigen, unreifen Gehilfen, welche sich nur durch die bezahlten roten Agitatoren ködern ließen, Gefolgschaft leisten, und erst alle bereuen werden müssen, daß die rote Internationale im Interesse ihrer eignen Person die Gehilfen ins Verderben führt. — Das ist stets die Praktik der roten bezahlten politischen Führerschaft, Streik, Revolution, Terrorismus säen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum eignen persönlichen Nutzen. — Dem muß einmal auf allen Gebieten ein Ende gemacht werden, speziell in Gärtnerstande, bevor noch der rote Teufel mehr eingenistet ist und wird, bevor es zu spät ist! — Aus all diesen Grundzügen ersuchen wir die löbliche Vorstehung als Vertreter der Meister, in deren Interesse von nun ab alle Arbeitskräfte, die im Gärtnerberufe benötigt werden, vom Verbands der christlichen Gärtnergehilfen Österreichs in Kondition nehmen zu wollen; sollten sich Gehilfen um Konditionen bemühen, so bitten wir zugleich, nur solche, welche sich mit einer Legitimationskarte, wie beiliegende zeigt, ausweisen können, zu berücksichtigen, andre an unsern Verband weisen zu wollen. — Betreffs näherer Rücksprache und Einvernehmen zwischen Meister und Gehilfen ersuchen wir, die löbliche Vorstehung möge sich mit dem Obmann unsres Verbandes in Verbindung setzen. — Josef Rezucha m. p., l. Schriftführer. Julius Wacka m. p., Obmann.“

Dieses Schreiben war in diesem Augenblicke den Unternehmern selbstverständlich herzlich willkommen; das Judasangebot wurde auch mit großem Jubel begrüßt. Bisher waren alle Mühen zwecks Anwerbung von Streikbrechern vergeblich geblieben, und jetzt, wo man schon halb entschlossen war, mit den Streikenden zu verhandeln, jetzt meldete sich gleich eine angeblich organisierte Kolonne von Streikbrechern. Das war gleich „himmlische Hilfe“; denn die Kolonne führte ja die Bezeichnung „christlich“.

Nun brauchte man natürlich dem Rat der zum Frieden redenden Meister nicht mehr folgen. Man brauchte sich jetzt nur dieser „Gegenrevolution“ im Gehilfenlager zu bedienen, um die Streikenden zu Paaren zu treiben. Und man tat's natürlich, — wenn auch mit wenigem Erfolg. — Es sei hier der Nachwelt das Urteil übermittelte, das sachlich und human denkende Unternehmer über diesen Bubenstreich gefällt haben; es lautet (vergleiche: Mitteilungen Nr. 3 des Reformklubs Wiener Handelsgärtner):

„Dem christlichen Gärtnergehilfenverein mit seinen öden Anerbietungen, ihren Standesgenossen in den Rücken fallen zu wollen, haben die Herren, welche so aufgebracht waren, als ihnen Mangel an Intelligenz vorgeworfen wurde, ein Bravo, Bravo zugebrüllt. Haben sich diese Herren das Beschämende, Blamierende dieses Vorgehens vor Augen gehalten? Finden es die Herren schön, wenn ihnen einer ihrer Kollegen bei ihren Organisationsfragen, wo es sich um Besserung ihrer Lage handelt, in den Rücken fällt? Und das taten doch die christlich-

sozialen Gehilfen. Sie fallen ihren Kollegen, die um gerechte Forderungen kämpfen (was auch ihr eigener Vorteil ist) in den Rücken, und die Herren beklatschen das mit wütendem Bravo, Bravo.“

Das also schreibt ein Wiener Handelsgärtner, ein Unternehmer, den angeblich „christlichen“ Wiener Gärtnergehilfen ins Stammbuch! Wir wollen den edlen „Christen“-Seelen von dieser Würdigung nichts rauben; sie soll ihnen dauernd der Empfehlungsbrief bleiben.

Nach dieser Einführung kann man sich über die sich sonst noch etwa einstellenden Begebenheiten nicht weiter mehr verwundern. Für dieses Mal mögen unsre Leser sich noch an folgendem deklamieren. Uns kam ein von dem Obmann des christlichen Gärtnergehilfenverbandes angefertigter „Aufruf“ in die Hände, ein Aufruf, den dieser Obmann für die Unternehmer geschrieben hat; der Herr Obmann sandte dieses Schriftstück an ein Mitglied der „Genossenschaft der Zier- und Handelsgärtner“ mit der Bitte, es zu unterfertigen und in der Handelsgärtnerpresse zur Veröffentlichung zu bringen. Der Wortlaut dieses Machwerks ist folgender:

„Handelsgärtner, Kollegen!

Im Interesse des gewerblichen Gärtnerstandes, auch zum eigenen Nutzen unsrer gesamten Gehilfenschaft, die mit uns bisher auf sachlichem Wege ihre wirtschaftlichen Verhältnisse günstig zu erledigen verstand; durch deren intelligenten Vorgangsweise wie Mütter stets nach Möglichkeit der Gehilfenschaft entgegenkommen; dadurch der Friede in unserm edlen Berufe zum Wohle und Fortschritt beider Teile blieb, wollen wir wieder trachten, mit der uns maßgebenderen Gehilfenorganisation, mit möglichen Konzessionen Frieden zu schließen, und dauernd erhalten.

Dieses Entgegenkommen der Meister, gegenüber den Gehilfen, hat unsre Gehilfenschaft nur den Vertretern des Verbandes christlicher Gärtner-Gehilfen Österreichs zu verdanken, die in sachlicher Weise die Interessen der Gehilfen, welche diesem Verbands angehören, vertreten haben, dasselbe auch in Kürze auch den verhetzten Gehilfen zu Nutze kommt; die Gehilfenschaft möge dadurch ersehen, daß auch wir die gesetzlich gewährleisteten Rechte eines Arbeitnehmers achten, und auf sachlichem, friedlichen Wege mit uns zu reden sei.

Sehr geehrte Kollegen; Der Verband christlicher Gärtner und Gehilfen Österreichs ist durch seine Stärke an Mitglieder für uns ein weit maßgebender Faktor der Gehilfen, als alle andern etwa von Schwer-Kapskutschern gegründeten Gärtnergehilfensektionen.

Aus allen diesen Grundzügen mögen die gewerblichen Handelsgärtner alle freien Conditionen durch das tüchtige Personal (Gärtnergehilfen und Hilfsarbeiter) aus der Arbeitsvermittlung des Verbandes christlicher Gärtner und Gehilfen Österreichs besetzen, und nur solche Arbeitskräfte aufnehmen, die diesem Verbands angehören, anderseits solche, welche dem Verbands nicht angehören, an das Sekretariatsvermittlungsbüro des „Verbandes christlicher Gärtner-Gehilfen Österreichs“, Wien XIV/2, Hollergasse 21 I./10. Telefon Nr. 7656, zu weisen.“

Die Herren Christen halten also ihre lieben Herren und Meister für so wenig intelligent, daß sie meinen, derartige Aufrufe müßten sie selber schreiben. Sehr schmeichelhaft für die Meister! — Dem „Aufruf“ selbst war übrigens noch folgendes Begleitschreiben beigegeben:

„Wien, 22. 5. 1908.

Handelsgärtner-Kollegen!  
Verband christl. Gärtner-Gehilfen Österreichs.  
Euer Wohlgeborenen!

Sende Ihnen mit diesem Schreiben beiliegend und beiderseits einige Bekanntgabe an die Herren Meister nach unserm Wunsche; eventuell können Euer Wohlgeborenen, wie Sie es für notwendig, etwas passendes zufügen; bitte zugleich mir von diesem Blatte, wo dieser Aufruf erscheint, zwei Nummern senden zu wollen.

Nebenbei möchte ich im Namen des Verbandes herzlich bitten, ob es ihm nicht möglich wäre, uns eine Liste mit Namen und Adressen in Kondition stehender Gehilfen, welche keine roten Fanatiker sind, zuzusenden, mit denen wir uns betreffs einer Organisation vertraulich in Verbindung setzen können, weil wir im Monat Juni für die gewerblichen Gehilfen Versammlungen abhalten und Zahlstellen errichten in allen Bezirken und Umgebungen; das müßte aber sobald als möglich geschehen; wir haben bereits alle Vorarbeiten in einer Flugblattaufgabe getroffen.

Daß unser Flugblatt Kritiken enthalten, das geht nämlich bei einer Agitationsschrift, die Erfolg haben soll, nicht anders. Zum Schluß bitte uns kurz mitteilen, wie die Stimmung nach dem Streik unter den Gehilfen ist. Zu Gegendiensten bereit, zeichne

Hochachtungsvoll

Julius Wacka, Obmann

Ziergärtner XIII/3 Draschkowitz-Platz 3.  
NB. Ich bin nicht immer im Sekretariat, folglich solch Brief an meine Adresse senden."

Das in vorstehendem Begleitschreiben erwähnte Flugblatt ist bereits verbreitet worden, und wurde aus demselben schon in voriger Nummer dieser Zeitung eine Stichprobe mitgeteilt. Hier soll nur noch nachgetragen werden, daß das Flugblatt, um Unwissende in den „christlichen“ Netzen zu fangen, eingangs ein großes Geseires von der „sozialen Verelendung in unserm Berufe“ macht und lügnischerweise den Gehilfen und Hilfsarbeitern vorgaukelt, die Aufgabe des christlichen Verbandes sei: „Der immer mehr um sich greifenden sozialen Verelendung der Gärtner und Gärtnergehilfsenschaft mit allem Nachdruck entgegenzutreten“. Und mit welchen Mitteln? Man lese und staune: „1. Durch Abhaltung von öffentlichen und fachmännischen Vorträgen; 2. durch Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützungen, auch Gewährung eines Beredigungskostenbeitrages; 3. durch eventuelle unentgeltliche Beistellung eines Advokaten in Streitfällen, die den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entspringen; 4. durch Vermittlung von Arbeit.“ Damit hört das ganze Programm dann auf! — Ganz ungemein wertvoll ist in obigem Begleitschreiben die an die Meister gerichtete **Entschuldigung**: „Daß unser Flugblatt Kritiken enthält, das geht nämlich bei einer Agitationsschrift, die Erfolg haben soll, nicht anders.“ Das ist das **Eingeständnis**, daß die Wiener Gärtner-Christen die „Kritiken“ (z. B. auch die von der „sozialen Verelendung in unserm Berufe“) nur als Gimpelfang benutzen! „Weil's nicht anders geht“, lügen sie Gehilfen und Hilfsarbeiter vor, ihr christlicher Verband wolle der „Verelendung mit Nachdruck entgegenzutreten!“

Wahrlich: die Macher des christlichen Gärtnergehilfenverbandes **halten Meister und Gehilfen für gleich große — Einfaltspinsel und für Idioten.**

Größere Schmähungen und Beleidigungen wie durch die christlich-sozialen Gärtner in Wien sind bis heute dem Gärtnerstande noch nirgends zugefügt worden.

**Gärtnergehilfen und Hilfsarbeiter:** Gebt solchen verachtungswerten Gesellen die gebührende Quittung! Verweigert ihnen jeden gesellschaftlichen Verkehr! Schließt sie aus vom Verkehr in jeder anständigen Gesellschaft, und laßt die Sippschaft in ihrer eignen Schande verkommen!

**Gärtnergehilfen und Hilfsarbeiter:** Ihr habt gesehen, wer es war, der ohne Rücksicht und Speichelleckerei für Eure Interessen bisher gekämpft und wer diese ehrlich gefördert hat! Ihr erkennt daraus, wer auch künftighin, unbeeirrt um hüben und drüben — künftighin noch mehr wie bisher —, Euer getreuer Ekkehard sein wird: Die „Sektion der Gärtnergehilfen und Hilfsarbeiter Wiens“! Sorgt dafür, daß auch der letzte Mann unsrer beruflichen Klassengenossen sich uns anschließt; dann mag kommen, wer und was will, — unser die Zukunft, unser der Sieg!

Mit kollegialen Grüßen

Die „Sektion der Gärtnergehilfen und Hilfsarbeiter Wiens“

(Zentrale der Gärtner-Sektion, Wien XXI, Prager Straße, Gambrinussäle).

## Kost- und Logiszwang in München.

Fast in jeder Nummer unsrer Zeitung hört man Klagen über schlechte Kost und Wohnung im Gärtnerberufe. Jeder Bezirk hat eine Reihe sogenannter „Gärtnerwohnungen“ veröffentlicht, um durch eine öffentliche Kritik Mißstände zu beseitigen, die eigentlich durch staatliche Wohnungsinspektion beseitigt werden sollten.

Im 4. Agitations-Bezirk ist das „patriarchalische“ Verhältnis noch sehr ausgedehnt, ja fast ganze Städte sind davon belegt, letzteres aber nur da, wo die Organisation noch nicht Fuß gefaßt hat. In München, wo die Organisation schon ziemlich erstarkt ist, ist in den letzten Jahren in dieser Angelegenheit schon viel getan worden. Nun sagten ja seinerzeit die Herren im Meisterverein, daß derartige Zustände in München nicht vorkommen und es auch nicht möglich sei, daß ein Gärtner so schlechte Wohnungen hat; sollte es aber der Fall sein, so würden sie sofort Abhilfe schaffen. Die Herren haben wohl Zeit,

die Organisation zu bekämpfen, aber keine Zeit dafür, Mißstände abzuschaften.

In Nummer 27, Jahrgang 1908, beschäftigten wir uns mit der Firma Buchner in München, Theresienstrasse 92. Heute sollen einige andre Firmen demselben Schicksal folgen. Ein reichhaltiges Material von diesen Künstlerklauseen steht uns zur Verfügung, welches wir hintereinander veröffentlichen werden, um den Herren Hammelbacher und Bethe den Beweis für unsre Behauptung zu liefern. Ausgestattet mit Zollstock, Kerzen, Licht und Notizbuch begab ich mich in die Wohnung des Herrn Föttinger, Forstenriederstr. 80<sup>o</sup>, um hier den Anfang zu machen. Beim Aufgehen der Wohnungstür, die direkt ins Freie führt (das Gebäude steht frei), schlug mir eine Luftwelle entgegen, die fast das Atmen verhinderte. In der Firma sind beschäftigt: 2 Gehilfen, 1 Lehrling und ein Zolleinnehmer, der wohl vom Staate bezahlt wird, aber in der Gärtnerei beschäftigt ist. Wir werden uns erlauben, die in Frage kommenden Behörden darauf aufmerksam zu machen. Kost ist seit einiger Zeit abgeschafft, jedoch wird den Gehilfen Wohnung gegeben und mit 2 Mk pro Woche angerechnet. Die Bodenfläche der Gehilfen-Wohnung ist rund 8 □ m groß, die Höhe beträgt 2,55 m. Darin sind enthalten 2 Betten in sehr mangelhaftem Zustande; Bettwäsche sehr schmutzig. Beim Eintritt eines neuen Gehilfen wird die Bettwäsche nicht gewechselt. Der Inhalt des Strohsacks ist sehr schlecht und alt. Ein Glück, daß die Bude klein ist, sonst würden die Bettstellen auseinanderfallen; die eine ist von allen Seiten mit Holzstücken verspreizt. 1 Tisch und 2 Stühle sind ebenfalls vorhanden, an letzteren haben die Jünger der Kunst ihre Fertigkeit in der Schreinerei gezeigt, um einigermaßen etwas Brauchbares daraus zu machen, aber vergeblich. Auch 2 Schränke sind vorhanden, jedoch erfüllen dieselben den Zweck nicht, weil feucht und schmutzig. Als weitere Zimmer-Ausstattung ist vorhanden auf dem einen Schrank ein einflamiger Petroleumofen zum Kochen, jedoch nicht brauchbar. Heizbar ist das Zimmer nicht, ebenso fehlt die Beleuchtung. An den Wänden hängen 2 Bilder, sowie in der einen Ecke der gekreuzigte Heiland. Der Erlöser soll jedenfalls den Gärtnergehilfen ein Vorbild sein, daß auch er auf Heu und Stroh geschlafen; ergo müßt ihr es auch tun. Der freie Raum ist auf 1 1/2 □ m gerechnet. Licht erhält das Zimmer durch ein 1,28 m hohes und 1,04 m breites Fenster, das am besten nicht geöffnet wird. Neben der Wohnung (die gleiche Größe) befindet sich der Pferdestall, nur durch eine mangelhafte, 16 cm starke Mauer getrennt. — Unmöglich ist es, ordentlich auszurufen, da das Pferd einen Höllenspektakel macht. Als Einfassung vor und um die Wohnung (die Kollegen müssen sich das als Gesamtanlage denken) sind vorhanden: rechts von der Wohnungstür ein Hundehaus mit Inwohner (aber nicht börsartig), links Tür zum Pferdestall. Cirka 1 1/2 m vor beiden Türen ist der Hasenstall mit Inwohner angebracht. Zahl der Inwohner: je nach Vermehrung. Cirka 3 m vor der Wohnungstür als Vierer im Bunde: der Misthaufen als Abschluß der Anlage. Denn „Mistus ist Christus“, sagt der Münchener Handelsgärtner. Wenn es längere Zeit oder stark regnet, so läuft der Abfluß vom Misthaufen direkt in die Wohnung. Beim Hasen- und Hundestall hat man sich dadurch zu helfen gewußt, daß man einfache Steine unterlegte, um die Tiere vor Feuchtigkeit zu schützen. Der Mensch bedarf dieser Vorsorge nicht. — Der Lohn wäre annehmbar; jedoch läßt die Behandlung vonseiten des alten Herrn sehr viel zu wünschen übrig. Auf letztere wollen wir später nochmals zurückkommen.

Die Firma Ludwig Schweiger, Deißenhofers Straße 22, betreibt ihr Geschäft etwas kaufmännischer, indem hier die Gehilfen Kost und Wohnung haben. Zur Zeit sind 4 Gehilfen beschäftigt. Größe der Wohnung: Bodenfläche 16,80 □ m, Höhe 2,70 m. Die Wände sehen unfreundlich und schmutzig aus. Fenster sind 2 vorhanden; Größe: 1,49 hoch, 1,24 m breit. Vorhang ist nur an einem vorhanden, jedoch ist hier die ursprüngliche Farbe nicht mehr festzustellen. Als Mobiliar befinden sich in dem Zimmer 3 Betten. Bettwäsche schmutzig, weil selten gewechselt; auch die Strohsäcke sehr schlecht. 1 kleiner Tisch sowie ein Stuhl dienen zum Schreiben und Sitzen. Stuhl ist jedoch lebensgefährlich, weil schlecht. Zum Kleideraufbewahren dienen 2 Schränke für 4 Mann. Ferner sind im Zimmer 4 große Koffer und 3 Kleiderkisten vorhanden. Koffer stehen teilweise auf den Schränken. Ofen ist auch hier nicht vorhanden, auch waschschüsseln betrachtet Herr Schweiger als überflüssig, deshalb keine vorhanden. Handtuch gibt es alle 14 Tage. Ebenso wird die Bettwäsche bei Neueintretenden nicht erneuert. Während die Wohnung bei Herrn Föttinger ein

selbständiges Gebäude darstellt, ist die bei Herrn Schweiger an die Herrschaftswohnung angelehnt, jedoch mit eigenem Eingang. Vor der Tür der Gehilfenwohnung befindet sich ein mangelhaftes Vorhaus, welches wenigstens dazu dient, nicht direkt ins Freie zu gelangen. Dasselbe würde seinen Zweck erfüllen, wenn es nicht ein Kleinod beherbergte, das alle Menschen benützen müssen. In einer Entfernung von nur 2 1/2 m von der Wohnungstür befindet sich der Abort, bestehend aus einigen Brettern, auch zum Sitzen ein Brett, und die ganze Herrlichkeit ist fertig. Als Spülapparat wird eine Gießkanne benutzt. Diese Einrichtung ist sehr einfach und billig. Durch die Tür kann unter keinen Umständen Luft eingelassen werden, und die Fenster sind fast vollständig mit davor gestellten Pflanzen bedeckt; daher die dumpe und ungesunde Luft im Zimmer leicht erklärlich. Den noch übrig bleibenden Raum im Zimmer kann sich jeder leicht selbst denken. Auch hier wird die Wohnung pro Mann mit 2 Mark und Woche angerechnet. Das ist eine Wohnungsmiete pro Jahr von 416 Mk. Fürwahr ein gutes Geschäft! Entsprechend der Wohnung ist auch die Kost beschaffen, jedoch hierüber und über die Behandlung ein andermal. —

Was sagt hierzu der Ausschuß des Meister-Vereins von München, wo doch angeblich alles in schönster Ordnung sein soll? Hier hätten jedenfalls die Herren Hammelbacher und Bethe die Pflicht, einzugreifen, aber nicht gegen die Organisation zu hetzen. Das ganze Jahr wird geschimpft: „Die Gehilfen können nichts haben, weil sie alles versaufen.“ Schaffen Sie angenehme Wohnungen, meine Herren, damit es den Gehilfen ermöglicht wird, sich im Zimmer aufzuhalten und zu lesen (aber letzteres wollen sie ja nicht); dann wird auch er es vorziehen, zuhause zu bleiben und nicht ins Wirtshaus zu gehen! Vielleicht tauschen die Herren einmal 14 Tage mit so einer Gehilfenwohnung, von denen es noch zu Dutzenden in München gibt und welche in nächster Zeit alle hier veröffentlicht werden sollen. Setzen Sie hier einmal den Hobel an und helfen sie uns, solche Wohnungen hinweghobeln, dann werden auch Sie sich den Dank vieler Gehilfen holen!

Aber: „Bei uns gibt es sowas nicht“. . . . .  
R.

## Zuständigkeit des Gewerbegerichts für Gärtner — in Stuttgart!

In Nr. 23 vom 5. Juni ds. Js. unsrer Zeitung mußten wir unsern Lesern unter dem Motto „Bald so, bald so; wie's trifft“ die Mitteilung machen, welche widerspruchsvolle Stellung das G. G. zu Stuttgart gegenüber den Gärtnern eingenommen. Schon eine Woche darauf wurde uns ein Zeitungs-ausschnitt aus der „Schwäbischen Tagwacht“ dem dortigen Parteiorgan) vom 7. Juni übersandt, und da konnten wir lesen:

„Zuständigkeit des Gewerbegerichts für Gärtner. Eine Forderung des Gärtners K. Z. gegen den Handelsgärtner Friedr. März lautet auf Zahlung von 51,50 Mk. wegen kündigungsgelöser Entlassung. Anlässlich einiger Geringfügigkeiten folgten in diesem Falle Beleidigungen des Klägers dem Beklagten gegenüber. Möglicherweise beruhte dies auf Gegenseitigkeit, da sich zugestandenmaßen beide Teile in gereizter Stimmung befanden. Im Vergleichsweg erhielt schließlich der Kläger 15 Mk. — Bei dieser Gelegenheit gibt der Vorsitzende unter Bezugnahme auf den Tagwacht-Artikel in Nr. 124 vom 2. Juni bekannt, daß sich das Gericht zunächst mit der Frage der Zuständigkeit beschäftigt habe. Entgegen dem seither geübten Modus habe sich das Gericht aus praktischen Gründen entschlossen, die Angehörigen des Gärtnerbetriebs in Zukunft sowohl bei Gewerbegerichtswahlen als auch zur Geltungmachung von Klagen vor dem Gewerbegericht zuzulassen. Es sei begreiflich, wenn sich die Gärtner erstaunt zeigen, daß sie nicht auch zur Kategorie der gewerblichen Arbeiter zählen sollen. (Dieser Beschluß des Gewerbegerichts entspricht dem berechtigtem Wunsche einer Berufsklasse, die seither von den Vorteilen der sozialen Rechtsprechung ausgeschlossen war, während doch grade die Arbeiter dieser Kategorie im allgemeinen sehr unter mißlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben. D. Ber.)“

Nun also wieder zuständig, und das gleich für alle Gärtner! Das ist an sich ja sehr erfreulich, und noch erfreulicher ist es, daß diesmal der Entschluß ein endgültiger sein soll. Trotzdem sind wir damit nur halb zufrieden; denn der Entschluß ist nur aus sogenannten „praktischen“ Gründen gefaßt worden, wie solches auch, durch eine besondere

Nachfrage, vom Vorsitzenden des G. G. bestätigt wurde. Außerdem liegt über den Beschluß kein Protokoll vor, weil der grade in Frage kommende Streitfall durch einen Vergleich erledigt wurde.

Diese „praktischen Gründe“ sind eine recht unsichere Brücke, die bei erstbesten Gelegenheit wieder einstürzen kann. Wenn einmal ein beklagter Unternehmer die Zuständigkeit anzweifelt, dann reichen diese Gründe nicht aus. Wir wollen nun hoffen, daß das Stuttgarter G. G. dann die erforderlichen festen Träger darunter bauen wird, jene nämlich, die grundsätzlich den Gewerbecharakter dartun.

Im übrigen mögen unsre Leser erfahren, daß der „Tagwacht“-Artikel in No. 124 vom 2. Juni, der — nach der Erklärung des Herrn G. G.-Vorsitzenden — den Anstoß zu der Zuständigkeitsklärung gegeben hat, aus dem — Redaktionsbüro der Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung stammt. Wir haben da die einschlägigen Gesichtspunkte für den Gewerbecharakter vorgetragen und zwingend dargestellt. Wir freuen uns im Interesse der Sache dieses erreichten kleinen Erfolgs. Der Fall möge die Kollegen auch andernorts anspornen, bei passender Gelegenheit das örtliche G. G. auf die einschlägigen richtigen Gerichtsurteile zu verweisen.

### Fragekasten.

Frage 60: Kennt vielleicht ein Kollege eine Substanz, mit der man Schlacken besprengen kann, die die Schlacke zusammenkittet und ihr eine rötliche Farbe gibt? Im Palmengarten zu Frankfurt a. M. sind die Schlacken, die zur Einfassung dienen, mit solch einer Substanz begossen.

Frage 61: In welcher Weise wird gegenwärtig *Pirola rotundifolia* in Gartenanlagen verwendet, findet sie seltene oder reichlicher Verwendung? Ist *Pirola rotundifolia* auch schon für Topfkultur und Treiberei benützt worden, und welche Erfahrungen liegen darüber vor?

Frage 62: Ist es nützlich, bei Hortensien, um bessere Färbung zu erhalten, Alaun unter Wasser zu mischen?

## Rundschau.

Berlin, den 21. Juni 1909.

Durch die bürgerliche Presse ging vor einigen Tagen folgende Nachricht:

„Obermeister Schmidt begnadigt. Der Obermeister Schmidt von der Bäckerrinnung „Concordia“, der von der 5. Strafkammer des Berliner Landgerichts wegen Verrufserklärung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Tagen verurteilt wurde, ist jetzt vom Kaiser begnadigt worden. Der Vorstand der Berliner Bäckerrinnung hatte gemeinsam mit dem Innungsausschuß ein Immediatgesuch an den Kaiser gerichtet und gebeten, die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umzuwandeln. Dieser Bitte ist jetzt durch Allerhöchste Kabinettsorder in der Weise entsprochen worden, daß statt der drei Tage Gefängnis eine Geldstrafe von 30 Mk. tritt.“

Warum nehmen auch wir davon Notiz? Begnadigungen sind doch nichts außergewöhnliches, zumal nicht bei Personen, die den „höheren“ Gesellschaftsschichten und solchen Kreisen angehören, die als staatsbehaltend gelten; hier bilden sie ja beinahe eine Regel. Beim Obermeister Schmidt lag das Vergehen einer Verrufserklärung vor. Die Sache spielte sich folgendermaßen ab:

Als während des Bäckerstreiks im Jahre 1907 eine größere Zahl von Bäckermeistern entgegen einem Innungsbeschluß die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, zog Schmidt in der von ihm redigierten „Concordia-Zeitung“ sowie in einem Flugblatt, welches der „Bäcker-Zeitung“ (dem Organ der Germaniainnung) beigelegt wurde, gegen diese Meister scharf zu Felde. Er nannte sie „Verräter“ und „charakterlose Wichte“, sagte, sie hätten „ihr Ehrenwort gebrochen“, bezeichnete die Bewilligung der Gesellenforderungen als „verräterische Handlungsweise“ und drohte den Meistern, daß ihnen, falls sie bei der Bewilligung der Forderungen beharren, der Kredit entzogen und die Lieferung von Hefe verhindert werden würde.

Da nun Arbeiter, die wirklich unsolidarische Handlungsweisen (Streik- und Sperrebruch) in ähnlicher oder noch milderer Form brandmarken, auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung stets bestraft werden, so schien es am Platze, daß vonseiten der gewerkschaftlichen Bäckerorganisation auch einmal dieser Herr Obermeister zur Anzeige gebracht wurde; denn was dem einen recht, ist dem andern billig. Der Herr Staatsanwalt mußte nun, wohl oder übel, das Verfahren eröffnen. Aber, während in derartigen Fällen Arbeiter gleich mit Wochen und Monaten bestraft werden, kam der Herr

Innungsoberrmeister mit dem geringstzulässigen Maße von drei Tagen davon. Und nun ist ihm selbst diese im Gnadenwege erlassen. — Der einzige Unternehmer, der bisher unter die Räder des § 153 geriet. Königliche Gnade richtete ihn wieder auf. Von den vielen, schon zu viel längeren Gefängnisstrafen verurteilten Arbeitern ist, unsers Wissens, noch kein einziger begnadigt worden. — „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, sagte einmal ein preußischer Justizminister, und der muß das ja wohl wissen. . . .

Hungerpreise. Die Bäckerzwangsinning in Glauchau veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Erhöhung des Brotpreises. Die rapid gestiegenen Mehlpreise nötigen uns, die Brotpreise zu erhöhen. Es kostet ab heute ein Kilo Roggenbrot I. Sorte 28 Pfennige, ein Kilo Roggenbrot II. Sorte 28 Pfennige. Ferner bitten wir betreffs der Brötchen und Semmel in Betracht zu ziehen, daß Weizenpreise seit dem Vorjahre um 50 Proz. gestiegen sind und die Verkleinerung des Gebäcks noch nicht 10 Proz. beträgt. Wir bitten deshalb ein hochgeehrtes Publikum, besonders die geehrten Hausfrauen, nicht die Bäcker für die Verteuerung des täglichen Brotes verantwortlich zu machen, sondern die Brotverteurer in andern Kreisen zu suchen.“

Warum so schüchtern? Warum so rücksichtsvoll gegen die „andern Kreise“? Warum sagt die Innung nicht, daß es die agrarische Brotwucherpolitik ist, die die Hungerpreise herbeigeführt hat? —

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat eine Interpellation (Anfrage) an die Regierung gerichtet, was die Regierung zu tun gedanke angesichts der eingetretenen enormen Verteuerung des Brotgetreides und der Futtermittel. Die Preise für Brotgetreide betragen im preußischen Staate nach den Durchschnittspreisen der bedeutenden Markttorte in achtjährigen Perioden für die Tonne zu 1000 Kilogramm:

Erntejahre	Weizen	Roggen
1868/69—75/76	223 Mk.	173 Mk.
1876/77—83/84	207 „	166 „
1884/85—91/92	141 „	156 „
1892/93—99/1900	155 „	131 „

Dagegen lauten die letzten Notierungen der Berliner Produktenbörse:

Weizen	Roggen
259 Mark	195 Mark

Dieser himmelschreiende Notstand, bei immer noch sehr großer Arbeitslosigkeit, rührt die Regierung anscheinend noch garnicht. Der Reichstagspräsident hat erklärt, er werde die Besprechung der Interpellation auf die Tagesordnung setzen, „sobald es die Geschäftslage erlaubt“; die Regierungskommissäre hätten bisher noch nicht das Material zur Beantwortung zusammen.

Die große Reichsfinanzreform (500 Millionen alljährlich neuer Steuern) ist noch immer nicht unter Dach. Die Konservativen sträuben sich mit Händen und Füßen und Drohungen gegen die Besteuerung der Erbschaften. Sie wollen zwar soviel und noch mehr Steuern bewilligen, als die Regierung nur haben mag; aber diese Steuern sollen aus den Taschen anderer genommen werden. Fürst Bülow möchte seinen Freunden gern alle Wünsche erfüllen, aber er sitzt zwischen Baum und Borke. Die Zitrone „große Masse“ ist schon so ausgepreßt und soll auch jetzt wieder nachgepreßt werden, daß eine noch größere Erpressung, will sagen Auspressung, ihm ganz unmöglich erscheint. Ein klein bißchen sollen doch auch einmal die armen Besitzenden opfern, sonst — ja, sonst tötet man die Henne, die die goldenen Eier legt oder macht sie rebellisch, daß sie schließlich das Eierlegen mal ganz einstellen könnte. Man redet darum schon lange von der Möglichkeit einer Reichstagsauflösung. Indes, H. von Gerlach sagt in der W. a. M. ganz richtig: „Ehe Bülow zu dieser kühnen Tat schreitet, lieber zerstört er das bißchen Ansehen, das er noch zu verlieren hat.“

Die Witwen und Waisen sollen warten. Im Bundesrat ist eine Novelle zum Zolltarifgesetz von 1902 fertiggestellt worden, nach welcher der im § 15 des Zolltarifgesetzes vorgesehene Termin zur Durchführung der Hinterbliebenenversicherung vom 1. Januar 1910 um ein Jahr, also bis zum 1. Januar 1911, vertagt wird.

Organisationswesen der Unternehmer in Österreich. Am 28. Juni findet in Wien ein Kongreß der Genossenschaften der Zier- und Handelsgärtner Österreichs statt. Auf diesem soll die vom „Reformklub“ vorbereitete Gründung eines Reichsverbandes betreffender Genossenschaften vollzogen werden. Am andern Tage, nämlich am 29. Juni, hält auch der „Allgem.

österr. Gärtnerverband“ eine ordentl. Gen.-Vslg. ab, und wird hierbei wohl die formgerechte Trennung der Sektion der Privatgärtner und Umwandlung in einen selbständigen Privatgärtnerverband erfolgen, während die Sektion der gewerblichen Gärtnerunternehmer, wenn sie es nicht vorzieht, ihre Mitglieder dem neuen Genossenschaftsverbande zuzuführen, mit dem Allgem. österr. Gärtnerverbande der Auflösung verfallen dürfte.

Der „Verband deutscher Blumen-geschäftsinhaber“ hält an den Tagen vom 21. bis 25. August in Hamburg seinen diesjährigen ordentlichen Verbandstag ab, der mit einer Ausstellung von Pflanzen, Blumen und Bedarfsartikeln (in der Ernst Merck-Halle des Zoologischen Gartens) verbunden ist, außerdem mit zahlreichen Luftfahrten, Ausflügen und andern Vergnügungen. In den sachlichen Verhandlungen steht auch die Frage einer Erhöhung des Beitrages auf der Tagesordnung. Also auch hier: eine sogenannte Finanzreform, mit der aber ein Ausbau des Fachblattes erfolgen soll. Ferner wird wahrscheinlich die „Lehrlingsfrage in der Blumenbinderei“ eine Rolle spielen. Der Verband führte vor einigen Jahren bekanntlich einen allgemeinen Lehrkontrakt und das Lehrzeugnis ein. Ersterer bestimmt eine Mindest-Lehrzeit, wenn wir nicht irren, von einem Jahre, doch ist man bestrebt, schließlich eine zweijährige durchzusetzen. Die Sache soll sich in der Praxis bisher nicht bewährt haben. Wird auch künftighin nicht leicht zur allgemeinen Befriedigung zu ordnen sein. Man schaffe den zahlreichen Bänderinnen, die im Jahre 5 bis 6 Monate „aussetzen“ müssen, für diese Zeit passende Verdienstgelegenheit, und sie werden beim Berufe verbleiben. Lehrlingsmangel tritt dann nicht ein.

„Man ist allgemein der Ansicht, daß die Gärtnerei beim Gewerbe besser aufgehoben sei wie bei der Landwirtschaft.“ So heißt es in einem Versammlungsbericht vom 9. Mai des Bezirks Heidelberg (Verband der selbständigen Gärtner Badens). Auch der Jahresbericht für 1908 des V. d. selbst. G. Badens führt aus: „Man will uns zum Gewerbe haben, wo wir uns vielleicht wohler fühlen als bei der Landwirtschaft.“ — Mit der angeblich geschlossenen Phalanx aller Unternehmervereine in der Rechtsfrage ist es also doch nichts. Der bezüglich angestimmte Jubel des „Handelsblatt“ war demnach mindestens verfrüht.

Wenn das nicht zieht! „Sie können sich in meiner Gärtnerei in allen Fächern noch weiter ausbilden, zumal ich selbst immer mitarbeite“, schreibt ein Handelsgärtner E. aus Paderborn an einen Gehilfen, der schon Anfang der Zwanziger ist. Dazu bietet besagter Herr E. einen Lohn von „25 Mark pro Monat, bei Zufriedenheit 30 Mark, außerdem sehr gute Kost und gute Behandlung“. Es könnte aber sein, daß das alles den Begehrten noch nicht zu reizen vermöchte. Darum zieht unser Paderborner Freund gleich noch folgende Register mit auf: „Die Gärtnerei liegt alle beim Hause, so daß weite Wege ausgeschlossen sind, und direkt an der Chaussee Paderborn-Neuhaus-Senne, wo es immer mal, wegen des vielen Militärs, Abwechslung (Musik) gibt. Unser Mädchen ist auch von Soest.“ Militärmusik also bei der Arbeit und ein fesches Mädchen aus Soest, mit dem man im Garten zur Musik gleich einen „Schottischen“ riskieren kann, — wenn das nicht zieht, zieht garnichts mehr. Wollen's denn die anspruchsvollen Gehilfen noch schöner haben?

Zwei Gemeinde-Esel (wer denkt da nicht an den historischen Zugesel des Deutschen Gärtnerverbandes?) zum Ziehen der zum Bewässern der Anlagen bestimmten kleinen Sprengwagen anzukaufen, hat die Gemeinde Friedenau bei Berlin beschlossen. Glückliche Gemeinde, die sich Esel erst kaufen muß. Max Hesdörfer rühmt in seiner „Gartenwelt“ den in Friedenau zu beschaffenden zwei Grautierchen (es handelt sich um Mausekel, das bekannte Kreuzungsprodukt zwischen Pferdehengst und Eselin), übrigens die Klugheit des Pferdes nach; auch seien sie sehr anständig und genügsam, hätten nichts gegen Kost und Wohnung im Hause des Arbeitgebers einzuwenden und — streikten auch nicht. Mit der letztangeführten Bemerkung will Max doch nicht etwa sagen, die sogen. Arbeitswilligen, genannt Streikbrecher, seien Esel? Das wäre kein hübsches Kompliment für die „dem Staate besonders nützlichen Elemente“, selbst dann nicht, wenn man ihnen Pferdeklugheit mit zubilligen würde. Auch der Pferdeverstand steht immer noch bedenklich tief unter dem des Homo sapiens.\*) Mäxlein, laß das Witzmachen sein!

Da wir nun einmal beim Esel-Thema angekommen sind: Auch an der schönen blauen Donau, in Wien, waren neulich die Genügsamen bei einer Debatte. In der Genossenschaft Wiener Zier-

\*) das ist der zoologische Name des Menschen.

Handelsgärtner hatte man sich am 3. Juni bei den Ohren wegen der dort stattgehabten Streikbewegung. Wutschraubend ging's über den verhaßten Gehilfenführer Pawlik her, den man trotz aller angewandten Gemeinheit aus Wien nicht hinauszubringen vermocht hat; als er (zufolge der Denunziation der Herren Handelsgärtner Kretschmann, Kaprinay und dem Obergärtner des Fürsten Colleido, welche drei dieserhalb bei der Dienstherrschaft des Kollegen Pawlik persönlich „vorstellig“ geworden sind und gebettelt haben, diese möchte den gefährlichen Menschen doch entlassen), als also Pawlik von seinem früheren Dienstgeber entlassen worden war, da machten die Gehilfenvertreter in der Wiener „Krankenkasse für die gewerblichen Gärtner“ kurzen Prozeß und — stellten P. hier als Einkassierer an. Und das eben hatte nun die Wüteriche noch mehr wütend gemacht. Es wurde getöbt und randaliert, daß der behördlich bestellte Genossenschaftskommissar sich gezwungen sah, die Versammlung der gebildeten Meister „wegen des herrschenden Tumults aufzulösen“ (so wörtlich im Protokoll zu lesen). „Ein solcher Mensch gehört nicht in unsre Mitte“ tobte wie besessen der Denunziant Kretschmann; „der muß hinaus! Es geht nicht an, daß wir uns von Herrn Gattermayr (dem Führer des Reformklubs Wiener Handelsgärtner) noch von Herrn Pawlik Hofmeistern lassen. Wir alten Esel können und dürfen uns das nicht gefallen lassen!“ — Die „Esel“ gehören zweifellos zu einer andern Rasse wie die oben erwähnten; man merkt bei ihnen nämlich weder Genügsamkeit noch Klugheit. Oder macht dies das Alter? Im politischen Leben nennen sie sich: christlichsozial. Das erklärt manches. Gott verzeih's ihnen.

### Korrespondenzen.

**Berlin.** Arge Mißstände auf den Berliner Kirchhöfen wurden in einer Versammlung christlicher Kirchhofsarbeiter zur Sprache gebracht. Auf den Friedhöfen der Berliner evangelischen Kirchengemeinden fehle es ganz an hygienischen Vorkehrungen, z. B. an Waschgelegenheit für die Kirchhofsarbeiter. Diese müßten mit noch von den Leichtenüchern feuchten Fingern ihr Frühstück anfassend. Die Unfallverhütungsvorschriften würden täglich, trotzdem das Konsistorium ihre Beachtung eingeschärft habe, im Beisein der Geistlichen, bei der Ausschachtung der Gräber übertreten. Verunglückte Kirchhofsarbeiter hätten keine Aussicht auf Unfallrente. Die Entlohnung sei miserabel. Vielfach würden die Arbeiter mit 3 M., ja mit 2 M. Tagelohn abgespeist, während es nach dem Zeugnis des Pfarrers Koch von Samariter in Berlin Kirchhöfe gebe, die 100000 Mk. Überschuß brächten. Die Stadtsynode zeige nicht das geringste Verständnis für die soziale Lage ihrer eigenen Arbeiter und komme deren Bitten und Wünschen nicht eine Handbreit entgegen. Einer einzigen Gemeinde seien 1520 M. an Arbeitslohn gestrichen worden. Für Grabgießerarbeit ließe sich eine Kirchengemeinde 1200 M. bezahlen, während die Kirchhofsarbeiter, die das Gießen besorgen, nur 420 M. erhielten. Alle Eingaben und Petitionen der gut christlich gesinnten Arbeiter seien bisher vergeblich gewesen; der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Stadtsynode, D. Faber, habe wegen auswärtiger Verhinderung es abgelehnt, eine Deputation der Kirchhofsarbeiter zu empfangen. Da an einen Streik der Kirchhofsarbeiter nicht zu denken sei, diese aber sich nicht länger mit leeren Redensarten abspesen lassen könnten, bleibe ihnen nichts übrig als die Flucht in die Öffentlichkeit. — Wirklich echt „christliche“ Behandlung und Entlohnung!

**Coblenz.** Als grober Unfug muß das Benehmen mancher stellungsuchenden Kollegen bezeichnet werden. Dieselben bitten um Besorgung einer Kondition, man kommt unter großen Mühen ihrem Wunsche nach, zum betreffenden Termin treten diese Kollegen aber dann nicht an und reisen nach einem andern Ort. Mit der Firma, der man eine Arbeitskraft vermittelt, ist's infolge dieses Nichteintreffens in der Regel gründlich verdorben. Vier derartige Fälle haben sich in der letzten Woche hier ereignet. Künftighin wird den Stellungsuchenden die fragliche Firmenliste mitgeteilt, alles andre bleibt den Kollegen selbst überlassen. Momentan noch 2 Stellen in Topfpflanzen und Gemüse frei.

Chr. Vogelmann.

Nachschrift der Redaktion. Wenn das hier von Kollegen Vogelmann Gerüchte wirklich sich ausgebildet haben sollte, so schließen wir uns der Rüge durchaus an. Wir fügen nach, daß wir derartige Praktiken auch dann verurteilen, wenn jemand eine Stelle direkt angenommen hat. Man soll niemals früher fest zusagen, als man fest entschlossen ist, eine Stelle auch wirklich zu besetzen.

**Karlsruhe i. B.** In den hiesigen städtischen Betrieben ist seit 1. Januar ds. Js. ein Lohntarif mit

Dienstalterszulagen eingeführt worden, der, wenn auch einige Fortschritte, für manche Arbeiter zunächst auch Schädigungen gebracht hat, weil gewisse Ressortchefs dem Tarif eine ungünstige Auslegung gegeben hatten. Infolge Vorstelligwerdens durch den Gemeindegewerkschaftsverband ist Abhilfe versprochen worden. Auch die Stadtgärtnererei wurde von der allgemeinen Reform betroffen, durch diese wird u. a. der tägliche Arbeitsschluß auf 6 Uhr festgesetzt. Das hat aber den Herrn Stadtgarteninspektor Ries argverschupft. Die „Gewerkschaft“ berichtet darüber: „Herr Ries äußerte sich zu den Arbeitern: „Ich kann es garnicht mit ansehen, wenn die Gärtner schon um 6 Uhr Feierabend haben und heimgehen; würde ich selbst noch Gehilfe sein, so würde ich mich weigern, vor sieben Uhr Feierabend zu machen.“ Auch sonst fordert die Behandlung, die Herr Ries den ihm unterstellten Gärtnern und Arbeitern angedeihen läßt, zu schärfstem Protest heraus, worüber wir noch berichten werden.

**Mühlheim (Ruhr).** Berichtigung. Die in Nr. 22 unsrer Zeitung über die Firma Carl Weiß gebrachte Notiz über die dortigen Zustände müssen wir nach den Angaben der jetzt dort tätigen organisierten Kollegen als übertrieben bezeichnen. — Wir müssen unsre Kollegen ersuchen, fernerhin nicht in der Erregung über vorgekommene Differenzen unsre Redaktion mit Berichten zu versehen, die wir nachher ändern müssen. Die Bezirksleitung.

**Mühlheim (Ruhr).** Am 19. d. Mts. fand hier eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der auch die Kollegen aus Essen und Duisburg gut vertreten waren. Wir hatten 8 Neuaufnahmen zu verzeichnen, sodaß wir mit den vorhandenen 6 Mitgliedern eine Zahlstelle von 14 Kollegen gründen konnten, deren Zahl ohne Zweifel noch wachsen wird. Vertrauensmann ist Koll. Ad. Hering, Hagedorn 12. — Versammlung ab 3. Juli alle 14 Tage dortselbst: Wirtschaft Gust. Wolff.

Da Mühlheim 13 Minuten von Essen liegt und in Essen der Hauptvorstand und die sonstigen Größen des „christlichen“ Deutschen Gärtnerverbandes sich befinden, dieser vor zwei Jahren mit den Unternehmern in Mühlheim einen „Tarif“ nach Essener Muster abgeschlossen haben will, so ist es besonders interessant, daß man in Mühlheim kein Mitglied dieser so hervorragenden Organisation antrifft. Link.

**Offenbach a. M.** Ein recht ungünstiges Licht wirft die Sitzung vom 17. Juni auf die Stadtverordnetenversammlung. In dieser stand der Hauptvoranschlag für das Jahr 1909 zur Debatte. Bei der Position „Öffentliche Gartenanlagen“ beantragten die „liberalen“ Bürgervertreter 5500 Mk. vom Voranschlag zu streichen. Herr Feistmann, gegen den ja die bekannten Phantasiebomben geschleudert werden sollten, tat sich besonders hervor. Er verlangte, daß vor allem an Blumenschmuck gespart werden solle und fuhr dann, nach Zeitungsberichten, fort:

„Der Abstrich sei auch mit nötig gewesen, um die allzugroße Steuererhöhung zu verhindern. Wenn es nicht anders gehe, solle man Arbeiter entlassen, die städtischen Gärtner würden von den hiesigen Handelsgärtnern beschäftigt. Diese hätten sich schon beklagt, Tutenberg (der Stadtgärtner) nehme ihnen die guten Leute weg.“

Und so wurde beschlossen! Die Stadtverwaltung wird also hier mithelfen, die Arbeitslosigkeit im Winter zu vermehren.

Die Vertreter der Arbeiterschaft und auch diejenigen des Zentrums gaben sich alle Mühe, den Beschluß zu vereiteln, aber vergebens.

Der Etat der Stadt Offenbach schließt mit einem Defizit von 3 844 979 Mk. ab, und um dieses zu verringern, soll an Arbeitslöhnen für die Stadtgärtnererei 5500 Mk. gespart werden! Also diese paar lumpigen Mark sollen den Kohl der Reichsverbändler fett machen. Feistmann verlangt aber auch frei heraus die Entlassung von Arbeitern! Mit Recht wies Stadtv. Hamel darauf hin, daß freilich die reichen Leute kein Interesse an schönen Anlagen hätten, da sie selbst Gartenbesitzer sind, während die ärmere Bevölkerung auf die öffentlichen Anlagen angewiesen sei. Die in städtischen Betrieben beschäftigten Kollegen ersehen aus diesem blamablen Vorgang so recht, in welchen Kreisen Sinn und Verständnis für ihre Arbeit vorhanden ist; es wird ihnen bei künftigen Wahlen durchaus nicht schwer fallen, ihre Stimme entsprechend zu verwerten! Kaiser.

Nachricht der Redaktion. Wenn der Herr Stadtverordnete Feistmann nur einmal einen ganz kleinen Blick in die amtliche Gärtnerstatistik tun wollte, so würde er sofort finden, daß die Offenbacher Handelsgärtner ganz elend gefunkt haben, als sie ihm sagten, daß sie nicht genügend Gehilfen bekommen könnten. Es gibt deren so massenhaft, daß alljährlich etwa 15 Proz.

den Beruf an den Nagel hängen müssen; soviele werden stetig neu produziert. Wenn nun in Offenbach die besseren Kräfte an die Stadtgärtnererei verloren gehen, so können die Handelsgärtner dem sehr leicht steuern: sie mögen einigermaßen anständige Löhne zahlen.

### Ausland.

**Frankreich, Paris.** In Saint-Cloud und Garches (befindet sich in der unmittelbaren Umgebung von Paris) ist am 12. Mai ein Streik unter den Gärtnern ausgebrochen, der noch fortdauert. Die Gründe, welche zu diesem Streike Anlaß gaben, sind nachstehende verweigerte Forderungen:

1. Aneignung an das Unfallversicherungsgesetz.
2. Beschränkung des Arbeitstages auf 10 Stunden.
3. Stundenlohn 70 Cent. = 56 Pfennig.
4. Überstunden 1 Franken = 80 Pfennig.
5. Anerkennung des Syndikats (Verbandes).

Die Bewegung ist allgemein und läßt hoffen, daß sie zugunsten der Kollegen endigen wird. Wilhelm Kölmel.

### Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher. Amt 3, 5383  
Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

### Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 27. Juni der 26.

Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 28. Juni bis

3. Juli 1909 fällig ist.

— An die Mitglieder des II. Bezirks von Rheinland-Westfalen. Am Sonntag, den 1. August, findet unser Bezirksfest statt. Treffpunkt im Gewerkschaftssaal in Solingen, Ausflug nach Schloß Burg, Talsperre und Müngstener Brücke. Abends 7 Uhr Blumenfest in Ronsdorf im „Rheinischen Hof“. — Die Zweigvereine wollen an diesem Tage keine weiteren Veranstaltungen treffen, damit die Mitglieder mit ihren Angehörigen sich zahlreich beteiligen können. Die Bezirksleitung.

— Dortmund. Sonntag, den 27. Juni, Ausflug nach Hamm zur Radbodkolonie. Abfahrt 12,59 Uhr Hauptbahnhof. Kollegen treffen sich im „Bienenhaus“. Nachzügler können 3,10 Uhr fahren.

— Düsseldorf. Um die Adresse von Walter Boursch, geb. zu Chemnitz, Buchnummer 46527, ersucht H. Link, Düsseldorf, Flingerstr. 40.

— Hamm i. W. Sonntag, den 27. Juni, gemeinsames Sommerfest mit der Freien Turnerschaft in Hammerbrunnen, Osten-Allee. Anfang 4 Uhr. Reichhaltiges und interessantes Programm. Alle Kollegen in der Umgebung sind eingeladen.

— Mühlhausen i. E. Am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet im Vereinslokal bei Freyburger, Klostergasse, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, für die wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Die Mitglieder werden dringend gebeten, vollzählig zu erscheinen und ihre Mitgliedsbücher resp. Karten mitzubringen. Der Vorstand.

— Ulm a. D. Das Vereinslokal befindet sich vom 1. Juli cr. ab in der neuerbauten Zentralherberge der Freien Vereinigten Gewerkschaften Ulm und Neu-Ulm, Gasthaus zum Hohentwiel. Versammlung jeden 1. und 3. Samstag im Monat.

### Sterbetafel.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser treues und tätiges Mitglied, der Kollege

**Paul Wiechner**

am 3. Juni in Danzig, beim 2. Westpreußischen Feldartillerie-Regiment Nr. 36, gestorben ist.

Wir werden demselben ein stets ehrendes Andenken bewahren.

Distrikt Blankenese  
(Ortsverwaltung Hamburg)  
I. A.: H. Heinemann.

### Inhaltsübersicht zu No. 26.

Einiges über die Lage der in den Stadtgärtnerereien beschäftigten Personen. — Organisationsfragen. — Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens. — Der Verrat der Wiener christlichen Gärtnergehilfen. — Kost- und Logiszwang in München. — Zuständigkeit des Gewerbegerichts für Gärtner — in Stuttgart! — Fragekasten. — Rundschau: Obermeister Schmidt begnadigt; Hungerpreise; Interpellation betr. Teuerung; Reichsfinanzreform; Die Witwen und Waisen sollen warten; Organisationswesen der Unternehmer in Oesterreich; Verband deutscher Blumengeschäftsinhaber; Süddeutschland und die Rechtsfrage; Wenn das nicht zehlt; Zwei Gemeindegel; Alte Esel. — Korrespondenzen: Berlin; Coblenz; Karlsruhe i. B.; Mühlheim a. R.; Offenbach a. M. Ausland: Frankreich. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

# Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche (192A+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen Gärtnerei-Lehranstalt Köstritz

der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

- I. Kursus für Gehilfen.
  - II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.
  - III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.
  - IV. Kursus f. Obstbautechniker.
- Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Unsere in (1159/27) Borgsdorf b. Oranienburg belegenen Ländereien, bestehend aus ca. 25 Morgen Obst- u. Spargelplantagen, ca. 100 Morgen Ackerland nebst einem herrschaftl. Wohnhaus, Gärtner-Wohnhaus, Stallungen, Remisen u. Wirtschaftsgebäuden sind ganz oder geteilt per 1. Juli d. J. unter günstigen Bedingungen zu verpachten. Näheres durch die Neue Boden-Aktiengesellschaft, Berlin N.W., Mittelstr. 2-4, III.

## Welcher Kollege

könnte einem verheirateten Kollegen, Ende 30er — seit 20 Jahren der Organisation angehörend — zum 1. Juli eine annehmbare Stellung als Herrschaftsgärtner verschaffen? Suchender war zumeist als Herrschaftsgärtner in selbständigen Stellungen tätig. Angebote erb. unt. E. J. an d. Geschäftsstelle des A. D. G. V., Berlin, Metzgerstr. 3.

# 2000 Stück EPHEU

werden gesucht. Offerten mit Preisangabe unter L. K. 1014 an die Expedition dieses Blattes. (1168/26)

## A. D. G. V. Ortsverwaltung Hamburg.

Am Sonntag, den 4. Juli 1909 im Lokal des Herrn Siemers, Klein-Flottbeker Park, in Klein-Flottbek

# Gr. Rosen-Fest

verbunden mit Pflanzenverlosung, Preiskegeln u. großer Blumenpolonaise :-: Anfang 4 Uhr. Das Fest-Komitee.

Ich suche für unsre große Parkanlage in nächster Nähe Leipzigs zum 1. August einen verheirateten, ca. 30 Jahre alten, herrschaftlichen (1174)

# Gärtner,

gedient. Militär, der selbständig arbeiten und ein kleineres Personal beaufsichtigen kann. Vor allem verlange ich Kenntnisse in Baum- und Rasenkultur (Zucht von Obst, Gemüse und Blumen nur gering!) Die Frau des Gärtners soll gegen besondere Vergütung ab und zu mit tätig sein. Stellung dauernd u. angenehm. Schöne Wohnung! Angebote mit Photogr., Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Angabe der Kinderzahl unter Z. 8540 an Haasenstein & Vogler A.-G., Leipzig.

Die erste und grösste seit 40 Jahren in der See- u. Handelsstadt Memel bestehende Kunst- und Handels-Gärtnerei mit guten Gewächshäusern, sehr schönem Ladengeschäft ist wegen Krankheit des Besitzers sofort zu verkaufen. Ein einigermaßen kapitalkräftiger Gärtner kann sich hier eine sichere und erfolgreiche Existenz gründen. Reflektanten erhalten nähere Auskunft durch Baugewerksmeister W. Richtsmeier, Memel. (1175/27)



S. Kunde & Sohn Dresden  
Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106.  
— Gegründet 1787. —  
Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge.  
Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung.  
Ober tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen.  
— Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

Für 48 Mark versende ich eine hochelegante, hocharm. Familiennähmaschine (Syst. Singer) zum Fußbetrieb, mit allen Neuerungen ausgestattet, inkl. hochf. poliert. Kasten und sämtlichem Zubehör. (1091/52) Viele Anerkennungen. 5 Jahre Garantie.  
K. Hönniger, Erfurt.  
Illustriert. Katalog gratis u. franko.

Auf sofort junger selbständiger Obst- und Gemüsegärtner gesucht. (1172) Offerten mit Angabe des Alters, bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüche. Paul Frank, Herford i. W.

Tüchtiger verheirateter Gärtner gesucht, durchaus fleißig und im Park sowie Garten-Arbeit bewandert für dauernde Stellung. Gute Empfehlungen erforderlich. Frau Geheimrat van der Zypen. Cöln-Marlenburg.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

## Meyers Klassiker-Ausgaben

Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

Arnim, 1 Band, geb. . . . . 2 Mk.	Jean Paul, 4 Bände, geb. 8 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. . . . . 2 -	H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 -
Bürger, 1 Band, geb. . . . . 2 -	Körner, 2 Bände, geb. . . . . 4 -
Chamisso, 3 Bände, geb. . . . . 6 -	Lenau, 2 Bände, geb. . . . . 4 -
Eichendorff, 2 Bände, geb. . . . . 4 -	Lessing, 5 Bände, geb. . . . . 12 -
Gellert, 1 Band, geb. . . . . 2 -	Ludwig, 3 Bände, geb. . . . . 6 -
Goethe, 15 Bände, geb. . . . . 30 -	Novalis u. Fouqué, 1 Bd., geb. 2 -
Goethe, 30 Bände, geb. . . . . 60 -	Platen, 2 Bände, geb. . . . . 4 -
Grillparzer, 5 Bände, geb. 10 -	Reuter, 7 Bände, geb. . . . . 14 -
Hauff, 4 Bände, geb. . . . . 8 -	Rückert, 2 Bände, geb. . . . . 4 -
Hebbel, 4 Bände, geb. . . . . 8 -	Schiller, 8 Bände, geb. . . . . 16 -
Heine, 7 Bände, geb. . . . . 16 -	Shakespeare, 10 Bde., geb. 20 -
Herder, 5 Bände, geb. . . . . 10 -	Tieck, 3 Bände, geb. . . . . 6 -
E.T.A. Hoffmann, 3 Bde., geb. 6 -	Uhland, 2 Bände, geb. . . . . 4 -
Immermann, 5 Bände, geb. 10 -	Wieland, 4 Bände, geb. . . . . 8 -

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

## Verkehrs-Lokale für Gärtner.

- (In dieser Rubrik kostet ein zweiselliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Anhängen in ihrem Lokal.)
- Barmen; Rest. Zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarren, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022)
  - Barmen, Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rüdigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel.) Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 3. Samstag im Monat. (1023)
  - Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal Herberge. Stellenaussgabe: 11-12 Uhr ebenda. Berlin W., Vorbergstr. 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024)
  - Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhöden, Bahnhofstr. Vers. So. u. 1. u. 15. (1025)
  - Braunschweig, Schöppenstedterstrasse 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrslokal. Vsl. j. Sbd. (1026)
  - Charlottenburg, Volkshaus, Rosinienstrasse 2. Vslgn. am 2. u. 4. Donnerstag j. Monats. (1027)
  - Charlottenburg, Osnabrückerstr. 30, F. Krull, Verkehrs- u. Versammlungslokal. (1028)
  - Chemnitz, J. Materns unt. Hainstr. 7, Versamml. n. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr 53, I. (1029)
  - Cölln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyersstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellenausschweis u. Unterstützung. (1029)
  - Dresden-A., Ritschenbergstr. 2 und Marxstr. 15. „Dresdener Volkshaus“, Verkehrslokal u. Herberge. Dortmund, Ostwall 17, „Zum Bienenhaus“, Inh. Mentler, Verkehrslokal, Herb. u. Stellenn. Verslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)
  - Düsseldorf, Flingerstr. 40-42, Zum gold. Schellfisch, W. Dellberg, gute Küche und Logis, silberne Preise (1031)
  - Elberfeld, Volkshaus, Hombüchlerstr. Verslg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)
  - Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurt, jeden Samstag Versammlung. (1035)
  - Frankfurt a. M. - Nordend, Restaurant Erl, Eckenheimerlandstr. 164. Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. (1036)
  - Grünwald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verk.-Lok. Verslg. Sonnabend n. d. 1. j. M. Gut Mittagstisch. (1037)
  - Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr. (1037)
  - Hamburg-Hoheluft, M. Lowerantz, Wrasnegl-Strasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Herboltef. Versammlung 1. u. 3. Dienstag i. M. (1038)
  - Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)
  - Leipzig, Volkshaus, Zeitzerstrasse.
  - Lübeck, Rest. Martin Nehlsen, Kl. Burgstr. 25. Verkehrslokal u. Nachtlogis. Gute Speisen. (1040)
  - Magdeburg, Knochenhauerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe. Vereinslokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (1041)
  - Mannheim H. 3, „Volksstimme“, R. S. 14. Vereinslokal des Zweigvereins. (1042)
  - Milhausen im Elsass, Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18.
  - München, Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden vierten Samstag im Monat. (1043)
  - Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus Paul Rozycki, Kreuzstr. 8-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (1045)
  - Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117. Verslg. Donnerstags n. 1. u. 15. (1048)
  - Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (1044)
  - Romseheid, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 18 Auch Herberge. (1046)
  - Sellingen. Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41 Zweigvereins-Lokal (1047)
  - Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kielerstr. 211. (1049)
  - Stuttgart, Gewerkschafts-Haus, Esslinger Str. Nr. 17-19. Stellenausschweis: Stadt. Arbeitsamt. Wandsbeck, Lülbecker Str. 55, W. Jeenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (1051)
  - Weissensee, Restaur. Aug. Reimann, Wörthstrasse 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052)
  - Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzerstr. 41. Vereinslokal. Abendort: Arbeitsnachweis. Zürich, Hinterer goldener Stern, Bellevueplatz Versamml. 14 tägig Sonnabends. (1058)